

VOM WESTEN NICHTS NEUES: DAS BESCHWEIGEN VON MASSENVERBRECHEN

EVA HÖRMANN

**DIE ROHINGYA-KRISE: EINE ANALYSE DER
REAKTION DER VEREINTEN NATIONEN AUF DIE
MASSENVERBRECHEN**

SHEILA-ANN RIEK

**GERMAN COLONIALISM IN NAMIBIA AND THE
CONTINUITY OF STRUCTURAL INJUSTICE:
ANALYSING THE PARLIAMENT'S ENGAGEMENT
WITH THE HERERO AND NAMA GENOCIDE**

DARIUSH MOVAHEDIAN MOGHADAM

**DRÖHNENDES SCHWEIGEN - DEUTSCHE POLITIK
UND MEDIEN ZU MASSENVERBRECHEN IM TIGRAY-
KONFLIKT**

Editorial

Liebe Lesende,

es geschah bei einem gemütlichen Kaffeetrinken an einem verregneten Tag 2017. Das Gespräch kreiste um das unsägliche Leid der Rohingya in Myanmar und was die internationale Staatengemeinschaft dagegen tun könnte. Dann griff ein damaliger Mitarbeiter an der Professur zum Handy und prüfte die deutsche Positionierung: „Oh, da ist ja gar nichts, die Regierung erwähnt die Massenverbrechen nicht einmal.“ Die Projektidee zum Beschweigen von Massenverbrechen war geboren! Aus dem Projekt sind in der Folge einige Publikationen entstanden, die zunächst vor allem Deutschlands Außenpolitik in den Blick nehmen (s.u.). Die hier vorliegende Special issue mit studentischen Beiträgen aus Qualifikationsarbeiten reiht sich hier ein: Eva Hörmanns Beitrag „Die Rohingya-Krise: Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen“ widmet sich der agenda-setting-Rolle der UN für den Nachweis von Massengräueln. Dariush Movahedian untersucht in „Dröhnendes Schweigen – Deutsche Politik und Medien zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt“ Deutschlands Rolle in Bezug auf die Massengräuel in Äthiopien. Sheila Riek beleuchtet in „German Colonialism in Namibia and the Continuity of Structural Injustice: Analysing the Parliament's Engagement with the Herero and Nama Genocide“ die Erinnerungspolitik Deutschlands, was die Kolonialverbrechen des Deutschen Reiches in Namibia angeht. Dabei betreten die Beiträge oft auch theoretisches Neuland. Schließlich ist „Schweigen“ bislang nicht prominent in den Internationalen Beziehungen bearbeitet worden. Während Dariush Movahedian mit der Diskursgebundenen Identitätstheorie Schweigen in der Politik, nicht aber in den Medien entdecken kann, arbeitet Eva Hörmann mit dem Spiralmodell des Transnationalen Konstruktivismus, um Schweigen gegenüber Massenverbrechen analytisch zu fassen. Sheila Riek bevorzugt dahingegen eine kritische Perspektive, indem sie Ansätze von *Structural Injustice* und die kritische Diskursanalyse nutzt, um Schweigen zur Herrschaftssicherung aufzudecken.

Mit diesen Studien wird die Bandbreite und der Reichtum von IB-Perspektiven deutlich – und wir verstehen wieder ein kleines bisschen besser, wann, wie und warum wir schweigen.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Literatur des Forschungsprojekts zum Schweigen:

1. Augsten, Pauline; Glassner, Sebastian; Rall, Jenni (2022): The Myth of Responsibility. Colonial Cruelties and Silence in German Political Discourse. In: *Global Studies Quarterly* 2 (2), 1-12.
2. Hering, Robin; Stahl, Bernhard (2022): When Mass Atrocities are Silenced. Yemen, South Sudan and the Case of Germany. In: *Journal of International Relations and Development*, 608-634. <https://doi.org/10.1057/s41268-022-00254-2>
3. Hering, Robin; Stahl, Bernhard (2022): From Kosovo Rush to Mass Atrocities' Hush. German Debates since Unification. *Comparative Southeast European Studies*, 70(2), 246-266. <https://doi.org/10.1515/soeu-2022-0016>
4. Stahl, Bernhard (2020): Lautes Schweigen – die Macht der Symbole in der deutschen Außenpolitik. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*. Online verfügbar unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/lautes-schweigen-4860/>.

Inhalt

Eva Hörmann

4

Die Rohingya-Krise:
Eine Analyse der Reaktion der
Vereinten Nationen auf die
Massenverbrechen

Sheila-Ann Riek

24

German Colonialism in Namibia
and the Continuity of
Structural Injustice:
Analysing the Parliament's
Engagement with the Herero
and Nama Genocide

Dariush Movahedian Moghadam

42

Dröhnendes Schweigen –
Deutsche Politik und Medien
zu Massenverbrechen im
Tigray-Konflikt

Eva Hörmann

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit untersucht die Reaktion der UN auf die Massengräuel, die an den Rohingya-Muslimen in Myanmar begangen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Reaktion der UN vergleichsweise verhalten ausfiel, was gemäß der Theorie des Transnationalen Konstruktivismus mit dem Scheitern der Entstehung von *advocacy coalitions* in Verbindung steht. Die fehlende Mobilisierung transnationaler Akteure und die mangelnde Kooperation mit der Regierung des Zielstaates Myanmar führten zu einer schwachen Reaktion der UN auf die Rohingya-Krise. Die Ergebnisse sollen zum Verständnis der Rolle der Vereinten Nationen bei der Förderung der Menschenrechte in Konfliktsituationen und der Bedeutung einer verbesserten Zusammenarbeit und Mobilisierung der internationalen Akteure für wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Massenverbrechen beitragen.

1. Einführung

„Eine der am stärksten verfolgten Minderheiten der Welt“ – so werden die Rohingya-Muslime von vielen Zeitungen betitelt (Canal 2017). Die Rohingya sind eine ethnisch-sprachliche und religiöse Minderheit, die ursprünglich aus dem nordwestlich gelegenen Bundesstaat Rakhine in Myanmar stammen. Die meisten Rohingya leben seit Generationen in dieser Region und betrachten sich als Staatsangehörige Myanmars (IGFM 2020). Jedoch werden sie vom myanmarischen Staat nicht im Sinne des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1982 als einheimische Bevölkerungsgruppe anerkannt. Der Grund dafür ist, dass sie für „illegale Einwanderer aus Bengalen“ gehalten werden, die eine „Gefahr für den Buddhismus“ darstellen und dementsprechend keine Minderheitenrechte geltend machen können. Insofern werden sie als staatenlos angesehen (Deutscher Bundestag 2017).

Myanmar ist seit 1948 Mitgliedstaat der Vereinten Nationen (UN). Gemäß ihrer Charta sind die wichtigsten Aufgaben der internationalen Organisation die Sicherung des Weltfriedens, die Wahrung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit (UNRIC 2019). Die UN hat es sich somit zur Aufgabe gemacht, die Einhaltung der Menschenrechte in ihren Mitgliedsstaaten zu sichern.[1] Als eines der wichtigsten Dokumente dafür gilt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), die 1948 von den Mitgliedstaaten der UN in Paris unterzeichnet wurde. In Artikel 3 garantiert sie allen Menschen das „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948).

Dies scheint jedoch nicht für die Rohingya-Muslime in Myanmar zu gelten. Beispielsweise sind viele Rohingya Opfer von Verbrechen wie Massenvergewaltigungen und Morden, die meist vom Militär begangen werden (Breitegger 2019). Die Vergehen sind so gravierend, dass man erwarten müsste, die UN würde alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Verbrechen an den Rohingya zu stoppen. Wie im Laufe dieser Arbeit aufgezeigt wird, fällt die Reaktion der UN auf die Gewalttaten bisher jedoch relativ schwach aus. Vor diesem Hintergrund stellt sich folgende Forschungsfrage: *„Wie kann die verhaltene Reaktion der UN bezüglich der Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya-Muslimen seit 2017 erklärt werden?“*

In der Analyse werden hierfür die einzelnen Sekretariate der UN, welche nach Thomas G. Weiss die sogenannte „second UN“ bilden, im Zentrum stehen. Diese Sekretariate können nicht nur in Abgrenzung zu den einzelnen Mitgliedstaaten der UN gesehen werden - der sogenannten „first UN“ - sondern auch im Sinne von Weiss' Theorie als selbstständige Akteure (Weiss et al. 2017: 2-5).

[1] Siehe dazu die Charta der Vereinten Nationen Art. 1, 13 verfügbar unter <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>

So werden in dieser Arbeit die Hauptorgane der UN im Einklang mit der Theorie als Akteure betrachtet. Dabei wird insbesondere auf die Reaktion der Generalversammlung und des Sicherheitsrates eingegangen. Des Weiteren wird auch die Verhaltensweise des Internationalen Gerichtshofs betrachtet.[2]

Unter Verwendung des Transnationalen Konstruktivismus wird die Reaktion der UN auf die Rohingya-Krise analysiert. Die Arbeit beinhaltet eine Darstellung der Theorie und ihrer Bedingungen für die Internalisierung von Menschenrechtsnormen, sowie die Rolle der UN in diesem Prozess. Anschließend werden Hypothesen zur UN-Reaktion seit 2017 aufgestellt und getestet. Die Ergebnisse werden anschließend zusammengefasst und Defizite des theoretischen Ansatzes analysiert. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, um eine theoretische Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Rohingya-Krise durchzuführen.

2. Theoretische Einordnung: Der Transnationale Konstruktivismus

2.1. Grundannahmen des Transnationalen Konstruktivismus

Der Transnationale Konstruktivismus wurde von der Forschungsgruppe Menschenrechte um Thomas Risse entwickelt und entstand aus einem Forschungsprojekt in Anlehnung an die AEMR von 1948. Dieses Projekt untersuchte allgemein, inwiefern die Menschenrechtsnormen der AEMR in den Zielländern etabliert wurden und wie sie sich „auf das konkrete Verhalten von nationalen Regierungen gegenüber ihren BürgerInnen“ auswirkt (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 5). Der daraus abgeleitete Transnationale Konstruktivismus befasst sich mit den Bedingungen, unter denen bereits etablierte internationale Normen innenpolitisch umgesetzt werden (ebd: 7).

Der Theorie liegt die Logik der Angemessenheit zugrunde, die besagt, dass Akteure ihre Handlungen an Normen orientieren, die sich auf die internationale Ebene übertragen lassen (Risse 2003: 9). Angelehnt an Jepperson et al. (1996) und Finnemore (1996) werden Normen dabei als „kollektiv geteilte Standards angemessenen Verhaltens auf der Grundlage gegebener Identitäten einer Gemeinschaft von Akteuren“ verstanden (Jepperson et al. 1996: 54; Finnemore 1996: 23). Die Theorie besagt, dass die Durchsetzung internationaler Menschenrechtsnormen davon abhängt, ob transnationale Menschenrechtsnetzwerke sowohl westliche Staaten als auch internationale Organisationen mobilisieren können (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 6).

Die Sozialisation des Zielstaates wird als wesentliche Voraussetzung für die effektive Verbreitung und Umsetzung von Menschenrechtsnormen betrachtet. Dabei bezieht sich dies auf die Anwendung und Verankerung internationaler Normen innerhalb einer Gesellschaft. Ihre Durchsetzung ist wahrscheinlicher, wenn sie mit

[2] Die Entscheidungen des Wirtschafts- und Sozialrats als Hauptorgan der UN werden wegen der mäßigen Relevanz in dieser Thematik ausgeklammert. Eine eingehende Betrachtung der Reaktion von Nebenorganen wie dem UN-Menschenrechtsrates kann aufgrund mangelnden Umfangs nicht erfolgen.

etablierten Denk- und Verhaltensmustern des Zielstaates vereinbar sind (ebd.: 7).

Die Theorie des Transnationalen Konstruktivismus geht davon aus, dass die Implementierung internationaler Normen wie Menschenrechte durch transnational operierende Netzwerke erfolgt. Diese Netzwerke bestehen aus verschiedenen transnationalen Akteuren, die durch gemeinsame Werte und Überzeugungen zusammengehalten werden (ebd.: 10). Sie kreieren eine Öffentlichkeit, die einen Diskurs in Bezug auf die Etablierung bestimmter Normen betreibt. Zu den transnationalen Akteuren gehören neben internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO/NGOs) auch Individuen, die für internationale Organisationen oder nationale Regierungen arbeiten. Auch den Medien wird im Transnationalen Konstruktivismus eine bedeutende Rolle zugeschrieben (ebd.: 13). Durch den Zusammenschluss von mehreren Akteuren bilden sich schließlich transnationale Akteursnetzwerke (ebd.: 10). Ein beständiger politischer Wandel kann nach Keck und Sikkink (1998) vor allem gewährleistet werden, wenn sich die Netzwerke in sogenannten *advocacy coalitions* formieren. Diese „sind als Netzwerke von individuellen und kollektiven Akteuren definiert, die verbunden sind durch gemeinsame Werte, einen gemeinsamen Diskurs und einen engen Austausch von Informationen und Dienstleistungen“ (Keck/Sikkink 1998: 10).

Die Forschungsgruppe Menschenrechte legte bestimmte Erfolgsfaktoren fest, die den Zusammenschluss von *advocacy coalitions* beeinflussen. Die institutionelle innenpolitische Struktur (*domestic structure*) eines Staates spielt eine große Rolle bei Prozessen politischen Wandels. Sie gilt als eine Art „Opportunitätsstruktur“ (Kitschelt 1986: 58), die die Durchsetzung von Normen anreizt oder Hindernisse schafft. Darüber hinaus bestimmt die *domestic structure* die Zugangspunkte (*access points*) zum politischen System und trifft Aussagen darüber, inwiefern erfolgreiche Koalitionen (*winning coalitions*) mit innerstaatlichen Akteuren gebildet werden (Risse-Kappen 1995: 3-36). Die Funktion dieser Normen besteht darin, politische Prozesse zu fördern, wobei jedoch die *domestic structure* auch politischen Wandel blockieren kann. Die Forschungsgruppe argumentiert, dass die Internalisierung von Menschenrechten nicht nur durch transnationale Akteure beeinflusst wird, sondern eine Veränderung des Verhaltens auch mit einem grundlegenden Wandel der *domestic structure* selbst einhergehen kann (ebd.).

Eine weitere Erfolgsbedingung ist die „materielle und soziale Verwundbarkeit der Zielstaaten“ (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 11). Keck und Sikkink formulierten dazu die These, dass der Erfolg der Internalisierung von Normen maßgeblich von der Intensität des Verlangens des Zielstaates nach sozialer Anerkennung seitens der internationalen Gemeinschaft abhängt (Keck/Sikkink 1998: 26).

Auf Seiten der transnationalen Netzwerke kann deren Dichte bzw. Stärke als Erfolgsbedingung angesehen werden. Die Netzwerkdichte bezeichnet die Kooperation zwischen den transnationalen Akteuren, sowie die Möglichkeit im internationalen System in Interaktion mit der repressiven Regierung zu treten. Es wird vermutet,

dass eine höhere Verbundenheit eines Netzwerks gleichermaßen die Chancen auf Erfolg hinsichtlich der Durchsetzung von Normen steigert (ebd.). Empirische Nachweise für die Korrelation zwischen Netzwerkdichte und Einfluss fehlen jedoch bisher (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 11).

Bei schweren Menschenrechtsverletzungen fordern die transnationalen Akteursnetzwerke zunächst westliche Staaten und internationale Organisationen zum Handeln auf. Weiterhin müssen transnationale Menschenrechtsnetzwerke eine konstante und intensive Verbindung zu der gesellschaftlichen Opposition im Zielstaat aufbauen (ebd.: 7). Bei Erfolg gerät die Regierung in dem menschenrechtsverletzenden Staat „von oben“ (von den internationalen Akteuren) und „von unten“ (aus der innerstaatlichen Opposition) unter Druck. Im Zuge dessen werden die Denk- und Verhaltensweisen, die in der internationalen Gemeinschaft festgelegt sind, vom normverletzenden Staat adaptiert und internalisiert. Das Ziel besteht darin, dass die Einhaltung der Menschenrechtsnormen nicht länger durch externen Druck erzwungen werden muss. Im Rahmen dieser Theorie wird daher auch die Rolle internationaler Organisationen wie der UN untersucht, die am Prozess der Sozialisation teilnehmen (ebd.: 6–8).

Die Theorie sieht einige Punkte vor, wie sich eine internationale Organisation wie die UN idealerweise verhält. Der Transnationale Konstruktivismus erwartet von der UN, kollektive Ziele zu erarbeiten und angemessene Mittel zu deren Umsetzung anzuwenden. Somit kann auf internationaler Ebene ein Wandel alter Normen oder die Entstehung neuer Normen eingeleitet werden. Zudem kommt der UN bei der Vermittlung internationaler Normen eine zentrale Rolle zu, die sie durch Einbindung von transnationalen *advocacy coalitions* erfüllen kann. Demnach gilt die UN als *norm entrepreneur* in der internationalen Gemeinschaft (Rittberger et al. 1999: 10). Darüber hinaus haben sich die Ansichten der neueren Strömungen des Konstruktivismus in Bezug auf die Intervention bei Menschenrechtsverletzungen stark verändert. Finnemore betont, dass seit dem Kalten Krieg Staaten und internationale Organisationen wie die UN sich nicht nur im Recht, sondern auch in der Pflicht sehen müssen, bei Menschenrechtsverletzungen zu intervenieren (Finnemore 2003: 2).

2.2. Das Spiralmodell der Menschenrechte

Um den Prozess der Institutionalisierung und Internalisierung von transnationalen Menschenrechtsnormen modellhaft darzustellen, entwickelte die Forschungsgruppe Menschenrechte ein „Spiralmodell innenpolitischen Wandels“. Das Modell, dem der *„norm life cycle“* als Basis dient, beschreibt wechselseitige Mechanismen zwischen gesellschaftlichen, transnationalen und internationalen Akteuren auf vier unterschiedlichen Interaktionsebenen (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 6).

In der ersten Phase des Spiralmodells, der „Repression“, agiert eine repressive Regierung, die systematisch Menschenrechte verletzt. Die Opposition ist schwach

und kann keinen politischen Wandel herbeiführen. Gelingt es der Opposition, Informationen an transnationale Menschenrechtsnetzwerke weiterzugeben, findet eine Transition in die zweite Phase des Spiralmodells statt (ebd.: 13).

In der Phase des „Leugnens“, setzt das transnationale Netzwerk den menschenrechtsverletzenden Staat auf seine Agenda mit dem Ziel, dass „internationale Organisationen und westliche Staaten – beginnend bei der öffentlichen Meinung bis hin zu Entscheidungsträgern und nationalen Regierungen –“ mobilisiert werden (ebd.: 13). Der Hinweis auf die Pflicht zur Wahrung von Menschenrechten wird genutzt, um Druck auf die repressive Regierung auszuüben. Im Zuge dessen führt die politische Mobilisierung durch transnationale Akteure dazu, dass die Regierung die Gültigkeit der Normen bestreitet. Die Kritik an der Menschenrechtslage wird als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet und abgelehnt. Mit zunehmender Mobilisierung der Netzwerke und wachsendem Druck auf den Staat kann ein Übergang in die dritte Phase ermöglicht werden (ebd.: 15).

Auf die Anfangsphasen folgt die Phase „Taktische Konzessionen“, die sich durch einen langsamen Kontrollverlust der repressiven Regierung über die Diskurshoheit kennzeichnet. Aufgrund des zunehmenden Drucks „von oben“ und „von unten“, ist sie gezwungen, erste Zugeständnisse an ihre Kritiker zu machen (ebd.: 15). Das wichtigste Ergebnis der dritten Phase ist die Verdichtung des transnationalen Netzwerks durch eine weitere Stärkung der innergesellschaftlichen Opposition (O'Donnell/Schmitter 1986: 15-21). Eine Transition in die nächste Phase ist möglich, wenn das transnationale Netzwerk den Menschenrechtsdiskurs erfolgreich in der innerstaatlichen Opposition gegen die repressive Regierung verankert (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 16).

Die vierte Phase, der „präskriptive Status“, wird durch einen realen Wandel gekennzeichnet. Es kommt daher entweder zu einem Verhaltenswandel der normverletzenden Regierung oder zu einem Machtwechsel, der durch einen Regierungswechsel eingeleitet wird. Die Menschenrechte im normverletzenden Staat nehmen einen präskriptiven Status an, „wenn Akteure sich regelmäßig auf die Norm beziehen, um ihr eigenes Verhalten und das der anderen zu beschreiben und zu kommentieren [...]“ (ebd.: 16). Die Gültigkeit der Menschenrechtsnormen wird allmählich akzeptiert und es kommt zu einer Verankerung im nationalen Recht und der nationalen Praxis.

Die letzte Phase „normgeleitetes Verhalten“ wird nur erreicht, wenn die Norm sehr lange eingehalten wird, ohne weitere Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Bei Verbesserung der Menschenrechtssituation kommt es zu einer Abnahme der Netzwerk mobilisierung, da sich Ziele in die Realität umsetzen lassen. Der Staat wird zum *norm entrepreneur*, indem er die Norm internalisiert hat und sich für deren Einhaltung einsetzt (ebd.: 17).

2.3. Hypothesenformulierung

Aus der Theorie des Transnationalen Konstruktivismus lassen sich Hypothesen bezüglich der Reaktion der UN auf die Rohingya-Krise ableiten.

Die begangenen Verbrechen an den Rohingya zeigen, dass in Myanmar noch kein funktionierendes Menschenrechtsregime existiert. Laut der Theorie des Transnationalen Konstruktivismus trägt die Bildung von *advocacy coalitions* maßgeblich zur Internalisierung von Menschenrechtsnormen bei, da somit innerstaatliche mit außerstaatlichen Akteuren verbunden werden (Keck/Sikkink 1998: 1). Die erste Hypothese verknüpft die Bildung von *advocacy coalitions* mit der Beteiligung der Vereinten Nationen im Rohingya-Konflikt: *„Die UN greift im Rohingya-Konflikt nicht ein, da in Myanmar keine advocacy coalitions gebildet werden“*. Mit „Eingreifen“ sind hier Zwangsmaßnahmen gemeint, die der Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UN-Charta im Falle von Verletzungen des Friedens ergreifen kann. Möglich sind einerseits gewaltarme Maßnahmen wie Wirtschaftssanktionen (Kapitel 41 UN-Charta) und andererseits der Einsatz militärischer Mittel (Artikel 42 UN-Charta) (Etzersdorfer/Janik 2016: 172-173). In diesem Fall bezieht sich „Eingreifen“ in erster Linie auf Letzteres, wie beispielsweise auf eine Friedensmission zur Unterbindung von Massengräueln im Zuge der Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) (ebd.: 215-216).

Die innerstaatliche Sozialisation wird als entscheidende Voraussetzung für die Bildung von *advocacy coalitions* und damit für die Durchsetzung internationaler Menschenrechtsnormen gesehen. Im Zuge des Sozialisationsprozesses sollen sich die Zielstaaten institutionalisierte Verhaltensweisen aus ihrer sozialen Umwelt aneignen (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 10). Somit lautet die zweite Hypothese: *„Die fehlende innerstaatliche Sozialisation entsprechend der Menschenrechtsnormen in Myanmar verhindert die Bildung von advocacy coalitions.“*

Vertreter der Theorie sehen die UN als Teil eines transnationalen Netzwerks an, deren Aufgabe es ist, normenfördernd zu handeln. Somit wäre es nach der Theorie erwartbar, dass die UN und insbesondere der UN-Sicherheitsrat sich für die Durchsetzung der Menschenrechtsnormen einsetzen (Rittberger et al. 1999: 10). Da es in Myanmar aber seit Jahren zu Verbrechen an den Rohingya kommt, liegt die Vermutung nahe, dass die UN hier Menschenrechtsnormen nicht durchsetzt. Myanmar kann also in der zweiten Phase des Spiralmodells verortet werden. Die dritte Hypothese lautet demnach: *„Die UN kommt ihrer Rolle als norm entrepreneur nicht nach, weshalb es Myanmar nicht gelingt, auf die dritte Stufe des Spiralmodells („Taktische Konzessionen“) vorzurücken.“*

2.4. Methodisches Vorgehen und Operationalisierung

Die methodische Vorgehensweise im Rahmen dieser Arbeit basiert auf der verwendeten Theorie des Transnationalen Konstruktivismus. Aus diesem

theoretischen Ansatz wurden Hypothesen entwickelt, die mithilfe einer Single Case Study untersucht werden. Nach Yin (2014: 4) ermöglicht eine Fallstudie, sich auf einen empirischen Einzelfall zu konzentrieren, ohne eine ganzheitliche und realistische Perspektive zu verlieren. Im Rahmen dieser Arbeit wird der Rohingya-Konflikt betrachtet, der aufgrund seiner Komplexität als Single Case angesehen werden kann (ebd.: 21).

Nach dem Militärputsch unter General Min Aung Hlaing, der am 01.02.2021 stattfand, übernahm das Militär die Kontrolle über die Regierungsgeschäfte und setzte eine Militärjunta ein. Das zivile Kabinett wurde abgesetzt, und hochrangige Militärangehörige wurden in wichtige Regierungspositionen berufen (Montesano et al. 2021: 2). Im Kontext dieser Arbeit wird unter der „Regierung Myanmars“ in erster Linie die einstige Regierung unter der Führung von Aung San Suu Kyi verstanden, die aufgrund ihrer internationalen Anerkennung durch die UN-Mitgliedsstaaten als Regierung im Sinne der Theorie betrachtet werden kann. Dagegen wird die derzeitige Militärherrschaft von der internationalen Staatengemeinschaft nicht vollständig anerkannt.

Nach dem Staatsstreich am 16. April 2021 wurde die Nationale Einheitsregierung der Republik der Union von Myanmar (NUG) gegründet, die sich aus Vertretern der National League for Democracy (NLD), Aufständischen ethnischer Minderheiten und kleineren Parteien zusammensetzt. Während das Europäische Parlament und einige Staaten wie die USA die NUG als legitime Regierung Myanmars ansehen, haben andere internationale Akteure wie die UN die NUG nicht als offizielle Regierung anerkannt (Thuzar/Tun 2022: 2-13). Somit kann auch diese Gegenregierung nicht als Regierung im Sinne der Theorie angesehen werden.[3]

3. Deskription: Der Rohingya-Konflikt

3.1. Der Konflikt

Die religiös-ethnische Minderheit der Rohingya ist seit Jahrzehnten Diskriminierung und Unterdrückung durch die verschiedenen Regierungen Myanmars ausgesetzt. Aufgrund dessen sind Schätzungen zufolge seit den frühen 1990er Jahren über eine Million Rohingya in aufeinanderfolgenden Vertreibungswellen vor der Gewalt in die Nachbarländer Myanmars geflohen (IGFM 2020). Derzeit leben über eine Million Rohingya in Bangladesch, während sich zwischen 300.000 und 400.000 weitere in anderem Ausland aufhalten. Die schätzungsweise 600.000 Rohingya, die im Bundesstaat Rakhine verbleiben, sind zahlreichen staatlichen Repressionen ausgesetzt. Beispielsweise werden sie in Lagern und Dörfern ohne Bewegungsfreiheit eingesperrt. Zudem wird ihnen der Zugang zu ausreichender Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Lebensunterhalt verwehrt (Breitegger 2019).

[3] Es ist zu beachten, dass aufgrund der Aktualität des Konflikts verlässliche Literatur zum Thema größtenteils noch nicht vorhanden ist, so dass auf die aktuelle Medienberichterstattung zurückgegriffen werden muss.

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

Die bisher größte Flüchtlingswelle ereignete sich Ende August 2017, nachdem Truppen in einer Militäroperation im Bundesstaat Rakhine am 25. August systematisch und brutal gegen die muslimische Minderheit vorgingen. Als Rechtfertigung für eine groß angelegte Offensive, bei der Zeugenberichten zufolge, willkürliche Morde und Vergewaltigungen an Rohingya-Muslimen sowie Zerstörungen ihrer Siedlungen durchgeführt wurden, dienten die Angriffe der radikalen Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) auf verschiedene Ziele, einschließlich Polizeiposten (ebd.).

In einer 2018 veröffentlichten Studie von Habib et al. (2018: 70) wurde geschätzt, dass es seit Beginn der Räumungsoperation bis zu diesem Zeitpunkt zu Tötungen von mehr als 24.000 Rohingya kam. Aufgrund dessen können die begangenen Menschenrechtsverletzungen in Myanmar in der Definition nach Bellamy als Massenverbrechen eingestuft werden, da es sich um eine „beabsichtigte Tötung von mindestens 5.000 Zivilisten“ handelt (Bellamy 2011: 2). Indessen definiert Rudolf Massenverbrechen als „organisierte massenhafte Gewalttaten“, meist gegen Zivilisten (Rudolf 2015: 5). Auch dieser Ansatz entspricht dem dargestellten Konflikt, da die Rohingya fortlaufend sowohl Tod als auch Gewalttaten ausgesetzt sind. Das besonders große Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya lässt somit die Einteilung als Massenverbrechen zu. Human Rights Watch stuft die Vergehen an den Rohingya sogar als „möglichen Genozid“ ein (HRW 2021a). Gemäß der Völkermordkonvention von 1948 wird ein Genozid als vorsätzliche Handlung definiert, die mit der Absicht vollzogen wird, eine ethnische, nationale, rassische oder religiöse Gruppe als solche gänzlich oder teilweise zu zerstören (Rudolf 2015: 9). Eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu Myanmar stellte in einem Bericht von 2019 fest, dass die 600.000 Rohingya, die im Rakhine-Staat verbleiben, systematischer Verfolgung ausgesetzt sind und daher unter der Bedrohung eines Völkermordes leben (Ebbighausen 2022).

Auch nach der Machtübernahme durch die National League for Democracy (NLD) im Jahr 2016 konnte keine zuvor erhoffte Verbesserung des Konflikts zwischen buddhistischen und muslimischen Gemeinschaften beobachtet werden. Trotz internationalem Druck kam es weiter zu massiver Diskriminierung. De-facto-Regierungschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wies zuerst jegliche Kritik an den Menschenrechtsverletzungen zurück. Sie machte ein „Klima der Angst“ für die anhaltende Gewalt in ihrem Land verantwortlich und bestritt, dass Rohingya-Muslimen ethnischen Säuberungen unterzogen worden sind (BBC 2018). Erst nach dem Richterspruch des Internationalen Gerichtshof (IGH) gab sie in einem Interview mit der Financial Times zu, dass Soldaten Myanmars Kriegsverbrechen gegen die muslimische Rohingya-Minderheit begangen hatten. Jedoch sprach sie weiterhin von einer Verzerrung der Darstellung des vorliegenden Rohingya-Konfliktes (Tagesschau 2020).

Darüber hinaus wirkte die Regierung San Suu Kyis der Errichtung einer UN-Untersuchungskommission unter dem ehemaligen Generalsekretär Kofi Annan 2016 entgegen. Dies wurde damit begründet, dass eine solche Kommission die Feindseligkeiten und Gewalt gegen Rohingya im Land nur verstärken würde. Annan versuchte die Regierung im März 2017 unter Druck zu setzen, indem er sich für die Schließung der Lager im Rakhine-Staat und die Rückkehr der Flüchtlinge einsetzte. Daraufhin versicherte die Regierung Myanmars in einer Pressemitteilung, „schnellstmöglich“ die Forderungen zu erfüllen, woraufhin aber keine konkreten Maßnahmen ergriffen wurden (Ebbighausen 2017).

Im Zuge des Militärputsches wurde Aung San Suu Kyi verhaftet und in einem umstrittenen Prozess im Dezember 2022 von einem von der Militärjunta kontrollierten Gericht zu insgesamt 33 Jahren Haft verurteilt (Tagesschau 2022).

Zugleich haben sich die Repressionen gegen die Rohingya seit dem Militärputsch weiter verschärft, da das Militärregime gewaltsame Übergriffe, Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen gegen die Rohingya fortsetzt. Es gibt Berichte über willkürliche Verhaftungen, Folter, sexuelle Gewalt und gezielte Angriffe auf Rohingya-Gemeinschaften. Darüber hinaus hat sich die humanitäre Lage verschlechtert, da der Zugang für humanitäre Organisationen erschwert worden ist. Angesichts dieser Umstände ist auch eine Rückführung der Flüchtlinge aus Bangladesch nach Myanmar undenkbar, da sich die Situation im Rakhine-Staat seit 2017 nicht verbessert hat (Kean 2022).

3.2. Die Reaktion der UN-Hauptorgane

Seit 2017 verabschiedete die UN-Generalversammlung zehn Resolutionen (Stand 10.07.2023)[4], in denen Menschenrechtsverletzungen gegen die Rohingya-Muslime und andere Minderheiten in Myanmar scharf verurteilt werden. In allen Resolutionen wird die Regierung Myanmars aufgefordert, dringend notwendige Maßnahmen gegen den geschürten Hass gegen die Rohingya und andere Minderheiten zu ergreifen (Security Council Report 2023). Die Resolutionen der Generalversammlung haben keine bindende Wirkung für ihre Mitgliedstaaten, jedoch haben sie eine gewisse Bedeutung als Ausdruck der Rechtsmeinung der internationalen Gemeinschaft (Van den Rul 2016).

Im Gegensatz dazu haben die Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen völkerrechtliche Verbindlichkeit. Im Jahr 2017 kam es zu einem Votum über eine offizielle Stellungnahme beziehungsweise Kritik des Rates an der Regierung Myanmars, die „die Wichtigkeit des Zugangs zu humanitärer Hilfe“ betonen sollte. Jedoch wurde die Stellungnahme aufgrund des Vetos der Ständigen Mitglieder Russland und China abgelehnt (Deutscher Bundestag 2017). Die zunehmende

[4] dazu United Digital Library, verfügbar unter <https://digitallibrary.un.org/>.

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

gemeinsame Positionierung Chinas und Russlands deutet darauf hin, dass sie bestrebt sind, Forderungen nach der Einhaltung demokratischer Normen sowie Kritik an Massengräueln zu verhindern (Böge 2021).

Im Dezember 2022 wurde schließlich eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Myanmar verabschiedet. In dieser Resolution wurden keine spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der Rohingya-Krise beschlossen. Jedoch wird die Militärjunta aufgefordert, die Gewalt zu beenden und „willkürlich inhaftierte“ Gefangene freizulassen, darunter auch die abgesetzte De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. In der Resolution wird die Militärjunta außerdem aufgefordert, demokratische Institutionen aufrechtzuerhalten und die Menschenrechte zu achten. Zudem wird betont, dass die Notwendigkeit besteht, die tieferen Ursachen der Krise im Bundesstaat Rakhine anzugehen und die Voraussetzungen für die freiwillige und dauerhafte Rückkehr der den Rohingya angehörenden Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde zu schaffen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass verstärkte humanitäre Hilfe gewährleistet werden muss (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2022). Die Resolution wurde mit der Zustimmung von zwölf Mitgliedern des Sicherheitsrates verabschiedet, während sich Russland, China und Indien der Stimme enthielten. Diese Resolution stellt die erste offizielle Erklärung des Sicherheitsrates zu Myanmar seit dem Militärputsch im Jahr 2021 dar. Als unmittelbare Reaktion auf die Resolution erklärte das Außenministerium der Militärjunta am 23. Dezember 2022, dass sie die Resolution wegen deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten Myanmars nicht akzeptieren werde (Hamid 2023).

Da die Resolution nicht als Maßnahme nach Kapitel VII der Charta angenommen wurde, fehlen die Durchsetzungsgarantien. Dennoch könnte das Militärregime durch koordinierten Druck der UN-Mitgliedstaaten und der ASEAN beeinflusst werden. Sollte die Junta weiterhin nicht kooperieren, besteht die Möglichkeit, dass der Sicherheitsrat eine schärfere Resolution verabschiedet, sofern sich China und Russland nicht widersetzen.

Auch der Internationale Gerichtshof als höchstes UN-Gericht reagierte im Januar 2020 auf den Rohingya-Konflikt mit einer Entscheidung, die Myanmar zur Bekämpfung von Massenverbrechen verpflichtet. Er gab damit einem Antrag Gambias statt, der 2019 das Verfahren einleitete (Tagesschau 2020). Konkret wird Myanmar durch den Richterspruch dazu verpflichtet, einen drohenden Völkermord an den Rohingya-Muslimen durch Schutzmaßnahmen zu verhindern und darüber regelmäßig Bericht zu erstatten. Die Entscheidung des IGH gilt als wichtiges Signal im Hinblick auf die Rohingya-Krise. Jedoch verfügt der IGH über keinerlei Mittel, wie eine eigene Polizei, um die Umsetzung von Schutzmaßnahmen zu garantieren (ebd.).

4. Theoriegeleitete Analyse

4.1. Scheitern des Aufbaus von *advocacy coalitions* in Myanmar

Im Folgenden sollen die ersten beiden Hypothesen überprüft werden. *Advocacy coalitions* bieten für die Beantwortung der Forschungsfrage einen direkten Erklärungsbeitrag, da sich innerstaatliche mit außerstaatlichen Akteuren verbinden. Als wichtigste Vorstufe für ihre Entstehung gilt die innerstaatliche Sozialisation des Zielstaats (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 5). In Myanmar werden laut Amnesty International bspw. Frauen kaum gegen Verbrechen und Vergewaltigungen geschützt. Die geplante Erarbeitung eines Gesetzes zum Schutz von Frauen vor Gewalt und zur Verhinderung derartiger Gewalttaten (*Prevention of and Protection from Violence Against Women law – PoVAW*) wurde 2020 angehalten. Weiterhin wird das Recht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit im Land eingeschränkt, da es des Öfteren zu politisch motivierten Festnahmen in Myanmar kommt (Amnesty International 2021). Durch diese Beispiele wird deutlich, dass die Anschlussfähigkeit an die internationalen Menschenrechtsnormen gering ist und eine „gravierende Diskrepanz zwischen internationalen Verhaltensstandards und innenpolitischer Normimplementation besteht“ (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 8). Somit ist es bisher in Myanmar zu keiner innerstaatlichen Sozialisation von Menschenrechtsnormen gekommen.

Für die erfolgreiche Entstehung von *advocacy coalitions* ist es laut der Forschungsgruppe Menschenrechte auch wichtig, welchem Sachbereich eine Norm zuzuordnen ist (ebd.: 11). Bei Menschenrechten handelt es sich um universelle Normen, die im internationalen Regelsystem verankert sind. Der Logik des Transnationalen Konstruktivismus zufolge müsste der moralische und politische Handlungsbedarf groß sein und somit gute Voraussetzungen für ihre Entstehung vorliegen.

Eine intakte innerstaatliche institutionelle Struktur spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Von 2015 bis 2021 durchlief Myanmar eine Übergangsphase zur Demokratie, die mit dem Wahlerfolg der NLD begann. Trotz der Herrschaft der NLD konnte die innenpolitische institutionelle Struktur kaum als intakt bezeichnet werden, da die De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi ihre Wahlversprechen wie ein Friedensschluss mit den Minderheiten nicht erfüllt hat (Spohr/Naing 2020). Durch den Putsch im Februar 2021 mit dem darauffolgenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Militärjunta wurde die innenpolitische Struktur vollends zerstört. Dies verdeutlicht, dass keine intakte *domestic structure* in Myanmar vorhanden ist und eine grundlegende Voraussetzung für die Bildung von *advocacy coalitions* somit nicht vorliegt.

Darüber hinaus kann ein „Wandel der innenpolitischen Struktur“ - wie eine Demokratisierung - die Internalisierung von Menschenrechtsnormen befördern (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 11). Wie bereits erwähnt, wurde ein Wandel der *domestic structure* angestrebt, jedoch durch die Machtübernahme des Militärs verhindert. Doch selbst unter der Regierung San Suu Kyi's kam es zu keiner

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

Verbesserung der Menschenrechtslage in Myanmar, da es weiterhin zu Verbrechen gegen ethnische Minderheiten wie den Rohingya kam (HRW 2021b). Somit konnte man in diesem Fall keine Verhaltensänderung erkennen, die mit einer Transformation der innenpolitischen Struktur einhergehen kann.

Außerdem kann die „materielle und soziale Verwundbarkeit“ (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 11) als Erfolgsbedingung für *advocacy coalitions* benannt werden. Durch die Unterzeichnung und Ratifikation der AEMR zeigte Myanmar, dass durchaus ein Streben nach Anerkennung innerhalb der internationalen Gemeinschaft bestand. Jedoch ist dies angesichts der andauernden Massenverbrechen vermutlich nur schwach ausgeprägt. Folglich fehlt es an einer weiteren Voraussetzung für die Bildung von *advocacy coalitions*.

Diese entstehen durch den Zusammenschluss transnationaler Akteure wie einheimischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen. In Myanmar sind neben der UN auch internationale NGOs wie Amnesty International, Human Rights Watch und Forum-Asia aktiv (HRW 2019). Jedoch ist für die Festigung von *advocacy coalitions* nicht nur die Breite, sondern die Dichte und Stärke des transnationalen Netzwerks von Bedeutung (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 11). Dafür ist die Interaktion mit dem Zielstaat Myanmar wichtig. Gemäß Rosenthal (2019) gestaltet sich diese Interaktion aufgrund des aus der kolonialen Vergangenheit resultierenden Vertrauensdefizits gegenüber externen Akteuren als schwierig. So mussten viele NGOs sowie das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte um die Genehmigung der Mitarbeiter-Visa kämpfen, manchen wurde der Zugang sogar gänzlich verweigert. Besonders im Bundesstaat Rakhine war dies in den letzten Jahren der Fall, weshalb viele Menschen von humanitärer Hilfe abgeschnitten waren (Amnesty International 2021). Wie bereits in Kapitel 3.1 dargelegt, hat sich die humanitäre Situation sogar noch verschlimmert.

Aufgrund dessen konnte die angestrebte Partnerschaft mit dem Zielstaat Myanmar wegen einer „Kultur des Misstrauens“ nicht geschlossen werden (Rosenthal 2019: 14). Somit werden die Möglichkeiten des transnationalen Menschenrechtsnetzwerks zur Stärkung und Verdichtung oft eingeschränkt. An dieser Stelle ist anzumerken, dass es bereits zu einem Zusammenschluss von transnationalen Akteuren kam. Im Jahr 2019 wandten sich 16 NGOs, darunter Amnesty International und Progressive Voice, an UN-Generalsekretär Guterres, um die UN zu weiteren Handlungen in Bezug auf die Rohingya-Krise zu bewegen (HRW 2019). Damit wurde ein wichtiger Schritt für die Bildung von *advocacy coalitions* getan. Jedoch wurden die Forderungen der NGOs von der UN bisher nicht erfüllt. Um *advocacy coalitions* zu bilden und die Regierung Myanmars „von außen“ unter Druck zu setzen, müsste die UN stärker mit anderen transnationalen Akteuren zusammenarbeiten.

Aufgrund unzureichender Voraussetzungen haben sich folglich bisher noch keine Koalitionen gebildet. Dadurch erhielt die Rohingya-Krise nicht genügend Aufmerksamkeit von der internationalen Gemeinschaft. Die verhaltene Reaktion der

UN und ihr Versäumnis, Massenverbrechen zu verhindern, trugen ebenfalls dazu bei. Somit erfüllt die UN ihre Rolle als *norm entrepreneur* im Sinne des Transnationalen Konstruktivismus nicht und scheitert daher bei der Förderung internationaler Menschenrechtsnormen in Myanmar.

Finnemore folgend verletzt die UN zudem ihre Pflicht zur Intervention (Finnemore 2003: 2). Eine Eskalation „von oben“ ist nach der Theorie zwar nicht per se vorgesehen, kann aber in Einklang mit dem Transnationalen Konstruktivismus gebracht werden, da transnationale Akteure alle möglichen Maßnahmen ergreifen sollen, um die Einhaltung von Normen sicherzustellen. Demnach kommt eine militärische Intervention der UN zum Schutz der Menschenrechte in Betracht, die durch einen Beschluss des Sicherheitsrates nach Kapitel VII bzw. Kapitel 42 der UN-Charta ermöglicht wird (Etzersdorfer/Janik 2016: 172). Dies kann in diesem Fall als erforderlich angesehen werden, da die Rohingya-Muslime seit Jahren Massenverbrechen ausgesetzt sind. Wie zuvor aufgezeigt, fiel das Engagement des UN-Sicherheitsrats im Rohingya-Konflikt bisher eher gering aus. Es wurde zwar eine Resolution verabschiedet, allerdings sieht diese keine militärische Intervention im Sinne der *responsibility to protect* vor (wie die Resolution 1973 für Libyen 2011).

Die bisherige Blockade des Sicherheitsrates durch China und die Russische Föderation ist im Spiralmodell nicht vorgesehen, da sich der Sicherheitsrat nach dem Verständnis des Transnationalen Konstruktivismus für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen sollte. Trotz der Aufhebung der Blockade und der Verabschiedung einer Resolution hat sich die Menschenrechtssituation in Myanmar in den letzten Jahren nicht verbessert und eine Änderung des Rohingya-Konflikts ist derzeit nicht absehbar.

4.2. Das Spiralmodell in Bezug auf die Rohingya-Krise

Bei der Überprüfung der dritten Hypothese wird das Spiralmodell der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Rohingya-Krise herangezogen. Die erste Phase des Modells, „Repression“, wird durch eine Regierung charakterisiert, die die Opposition oder wie in diesem Fall auch ethnische Minderheiten unterdrückt. Sowohl unter Aung San Suu Kyi als auch in der derzeitigen Militärregierung gab es systematische Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya, weshalb sie als repressiv einzustufen sind.

Die innerstaatliche Opposition Myanmars wurde nach dem Wahlsieg der NLD 2016 und 2020 vor allem durch den Oppositionsführer, die Solidaritäts- und Entwicklungspartei der Union (engl. USDP) unter der Führung des ehemaligen General Thein Sein geprägt, die zuvor die Regierungspartei darstellte (Oh 2020). Dem Programm der USDP von 2016 ist zu entnehmen, dass sich die Partei unter anderem dafür einsetzen möchte, dass die Rechte der ethnischen Nationalitäten

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

gemäß der Verfassung uneingeschränkt wahrgenommen werden können[5] (USDP 2016). Dies impliziert den Einsatz für die Menschenrechte der Rohingya als ethnische Minderheit. Jedoch gilt dies als kritisch zu betrachten, da die USDP dem Militär nahesteht und dieses für einen Großteil der Verbrechen an den Rohingya-Muslimen verantwortlich gemacht werden kann (Breitegger 2019). Die Oppositionspartei USDP wäre ohnehin zu schwach gewesen, um diesen Punkt auf die Agenda der Regierung zu setzen, da sie bei der Parlamentswahl 2020 nur 6.9% der Stimmen erreichte (Hopkins 2020). Dennoch wurde die internationale Gemeinschaft durch das hohe Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya auf die Menschenrechtssituation im Land aufmerksam. Da es gelang, Informationen an transnationale Menschenrechtsnetzwerke weiterzugeben, konnte eine Transition in die zweite Phase des Spiralmodells, die Phase „Leugnen“, erfolgen.

In der Phase „Leugnen“ wird die Regierung Myanmars als normverletzend betrachtet und so auf die Agenda des transnationalen Menschenrechtsnetzwerks wie beispielsweise der UN gesetzt. In Bezug auf die Rohingya-Krise begannen diese, die international verankerten Menschenrechte gegenüber repressiven Regimen einzuklagen. Wie bereits erwähnt, leugnete die Regierung Myanmars zuerst die massiven Menschenrechtsverletzungen, welche an den Rohingya im Zuge der Massenverbrechen begangen wurden. In einem Interview mit der BBC von 2017 ließ die De-facto-Regierungschefin Aung San Su Kyi auf den Vorwurf der ethnischen Säuberung von Rohingya verlauten:

“I don't think there is ethnic cleansing going on. I think ethnic cleansing is too strong an expression to use for what is happening. [...] It is not just a matter of ethnic cleansing as you put it - it is a matter of people on different sides of the divide, and this divide we are trying to close up” (BBC 2018).

Darüber hinaus berief sich Myanmar auf das Interventionsverbot, das in der UN-Charta verankert ist (Haedrich 2016). Dennoch kam es zur Bildung von transnationalen Menschenrechtsnetzwerken im Zuge der Massenverbrechen an den Rohingya-Muslimen, wie sich an dem Zusammenschluss der 16 internationalen NGOs erkennen lässt (HRW 2019). Damit die Netzwerkmobilisierung weiter zunehmen kann, ist die Entstehung von *advocacy coalitions* von hoher Bedeutung. Wenn die Regierung sowohl von internen als auch externen Akteuren in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechtsnormen unter Druck gerät, besteht theoretisch die Möglichkeit eines Übergangs in die nächste Phase („Taktische Konzessionen“).

Nach dem Richterspruch des Internationalen Gerichtshofs 2020 gab es erste Zugeständnisse der Regierung Myanmars bezüglich der Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya (Tagesschau 2020). Dies führte zu einem anwachsenden Druck und ließ kurzzeitig einen möglichen Übergang in die dritte Phase des Spiralmodells

[5] Auf der Webseite der Partei (übersetzt ins Deutsche) wird die Parteipolitik erläutert. Dabei ist bemerkenswert, dass vor allem die „Nichtauflösung der nationalen Politik“ mehrmals betont wird.

vermuten. Allerdings verschob sich der Blick der Weltöffentlichkeit nach dem Putsch im Februar 2021 eher auf das Handeln des Militärregimes und die darauffolgenden Proteste. Es ist zu beobachten, dass der Rohingya-Konflikt derzeit auf der Agenda der transnationalen Menschenrechtsnetzwerke nach hinten gerückt ist. Somit scheint der Übergang in die dritte Phase aufgrund der momentanen Menschenrechtslage unwahrscheinlich.

4.3. Überprüfung der Hypothesen

Im Folgenden sollen die aus der Theorie abgeleiteten Hypothesen überprüft werden. Zentral für die Beantwortung der Forschungsfrage ist die Feststellung, dass die Bildung von *advocacy coalitions* bisher erfolglos bleibt. Dies liegt vor allem daran, dass die Kommunikation zwischen transnationalen Akteuren und dem Zielstaat Myanmar durch die „Kultur des Misstrauens“ gestört wird. Außerdem wird in den internationalen Medien zu wenig Öffentlichkeit für den Konflikt hergestellt, die für ein direktes Eingreifen der UN zur Achtung der Menschenrechte zwingend notwendig ist. Zudem wäre eine stärkere Zusammenarbeit von NGOs und der UN förderlich, wodurch sich das transnationale Menschenrechtsnetzwerk zukünftig verdichten könnte. Außerdem kann ein kausaler Zusammenhang zwischen der Bildung von *advocacy coalitions* und dem Eingreifen der UN hergestellt werden. Das Auftreten der Vereinten Nationen als transnationaler Akteur in einer solchen Koalition würde ein stärkeres Engagement der internationalen Organisation in der Rohingya-Krise implizieren. Dadurch wäre ein Eingreifen in Form einer militärischen Intervention zur Einhaltung von Menschenrechtsnormen theoretisch denkbar. Die erste Hypothese „Die UN greift im Rohingya-Konflikt nicht ein, da in Myanmar keine *advocacy coalitions* gebildet werden“, kann angenommen werden.

In Myanmar fehlt es an einer innerstaatlichen Sozialisation von Normen, die als entscheidende Voraussetzung für die Bildung von *advocacy coalitions* gilt. Die Tatsache, dass die Rohingya-Minderheit einer drohenden Völkermordgefahr ausgesetzt ist, verdeutlicht die mangelnde Internalisierung und Umsetzung internationaler Menschenrechtsnormen in Myanmar. Daher kann ein Zusammenhang zwischen der fehlenden innerstaatlichen Sozialisation und der Entstehung von *advocacy coalitions* hergestellt werden. Die zweite Hypothese „Die fehlende innerstaatliche Sozialisation entsprechend der Menschenrechtsnormen in Myanmar verhindert die Bildung von *advocacy coalitions*“ kann demnach ebenfalls angenommen werden.

Entgegen den Erwartungen des Transnationalen Konstruktivismus reagierte die UN nicht ausreichend auf die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Rohingya, was zu fortgesetzter Vertreibung und Verfolgung führt. Denkbar wäre auch ein „Eingreifen“ in Form einer militärischen Intervention zur Sicherstellung der Einhaltung von Menschenrechten. Dazu existiert aber bisher keine Resolution des UN-Sicherheitsrates.

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

Die 2017 vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission kann als symbolpolitische Geste betrachtet werden, jedoch hat sie keine tatsächliche Handlungsmacht. Angesichts der schwerwiegenden Massenverbrechen gegen die Rohingya-Muslime scheint dies in keiner Weise verhältnismäßig.

In Anbetracht des Spiralmodell der Menschenrechte kann festgestellt werden, dass die dritte Stufe des Spiralmodells „Taktische Konzessionen“ derzeit nicht erreicht wird. Die Netzwerkmobilisierung müsste weiter vorangetrieben werden, wobei das Handeln der UN, insbesondere des Sicherheitsrats eine große Rolle spielt. Hierbei besteht aber noch Potenzial für ein größeres Engagement. Folglich kann auch die dritte Hypothese „Die UN kommt ihrer Rolle als norm entrepreneur nicht nach, weshalb es Myanmar nicht gelingt, auf die dritte Stufe des Spiralmodells („Taktische Konzessionen“) vorzurücken“, bestätigt werden.

5. Resümee

Die Reaktion der UN auf die Rohingya-Krise seit 2017 fiel schwach aus, wobei die Ursachen dafür in enger Verbindung zueinander stehen. Für die Massengräuel an den Rohingya wird weltweit zu wenig Öffentlichkeit hergestellt, weshalb keine *advocacy coalitions* zustande kommen, die eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen transnationalen Akteuren innerhalb des Akteursnetzwerks erfordern. Die UN wäre dazu verpflichtet, stärker auf Forderungen der NGOs vor Ort einzugehen. Zudem werden weitere Voraussetzungen für die Bildung von *advocacy coalitions*, wie zum Beispiel eine intakte institutionelle Struktur oder die innerstaatliche Sozialisation von Menschenrechtsnormen, nicht erfüllt. Dieser Mangel an *advocacy coalitions* und internationaler Aufmerksamkeit verhindert die weitere Internalisierung von Menschenrechtsnormen in Myanmar gemäß dem Spiralmodell.

Da die Verstöße gegen die Rohingya nach der Machtübernahme durch das Militär zunahmen, ist ein verstärktes Engagement der UNO als Hauptakteur des transnationalen Menschenrechtsnetzwerks erforderlich, um weiterhin als Entrepreneur der Menschenrechte zu gelten und einen drohenden Völkermord zu verhindern.

Literaturverzeichnis

Amnesty International (2021). *Myanmar 2020* [online]. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/myanmar-2020> (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

BBC (2018). *How Aung San Suu Kyi sees the Rohingya crisis* [online]. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-42824778> (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

Bellamy, A. J. (2011). *Mass Atrocities and Armed Conflict: Links, Distinctions, and Implications for the Responsibility to Prevent*. Muscatine: The Stanley Foundation.

Böge, F. (2021). China und Russland: Hand in Hand gegen Kritik an Menschenrechtsverletzungen. *FAZ.NET* [online]. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/1.7179594> (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

Breitegger, B. (2019). Rohingya in Bangladesch—Leben im größten Flüchtlingscamp der Welt. *Deutschlandfunk* [online]. Verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/rohingya-in-bangladesch-leben-im-groessten-fluechtlingscamp.724.de.html?dram:article_id=452744 (zuletzt zugegriffen am 10.07.2023).

Canal, G. (2017). *Meet the Most Persecuted Minority in the World: Rohingya Muslims* [online]. Verfügbar unter: <https://www.globalcitizen.org/en/content/recognizing-the-rohingya-and-their-horrifying-pers/> (zuletzt zugegriffen am 10.07.2023).

Deutscher Bundestag (2017). *Internationale Reaktionen auf die Verfolgung der Rohingya in Myanmar*. [online]. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/509980/ea510c63658bebee42469a985d01b4cc/WD-2-037-17-pdf-data.pdf> (zuletzt zugegriffen am 10.07.2023).

Ebbighausen, R. (2017). *Kofi Annan präsentiert Bericht für Myanmars Rakhine-Staat* [online]. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/kofi-annan-pr%C3%A4sentiert-bericht-f%C3%BCr-myansmars-rakhine-staat/a-40238757> (zuletzt zugegriffen am 11.04.2023).

Ebbighausen, R. (2022). *Keine Perspektive für Rohingya* [online]. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/keine-perspektive-f%C3%BCr-vertriebene-rohingya-in-der-heimat-myanmar/a-62897512> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

Etzersdorfer, I., & Janik, R. (2016). *Staat, Krieg und Schutzverantwortung*. 1. Edition. Wien: facultas.

Finnemore, M. (1996). *National Interests in International Society*. Ithaca: Cornell University Press.

Finnemore, M. (2003). *The Purpose of Intervention: Changing Beliefs about the Use of Force*. Ithaca: Cornell University Press.

Forschungsgruppe Menschenrechte. (1998). Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5 (1), 5–41.

Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948). *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* [online]. Verfügbar unter: https://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/a_emr.pdf (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

Habib, M., et al. (2018). *Forced Migration of Rohingya: The Untold Experience*. Ottawa: Ontario International Development Agency.

Haedrich, M. (2016). *Militärische Intervention und Menschenrechte* | bpb [online]. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/mensch-enrechte/232218/militaerische-intervention> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

Hamid, G. H. (2023). *Security Council Resolution 2669 (2022) on the Situation in Myanmar: Too Little, Too Late?* [online]. Verfügbar unter: <https://www.ejiltalk.org/security-council-resolution-2669> (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

Hopkins, D. (2020). *Myanmar's military-backed opposition party stares into political abyss*. Sidney: Lowy Institute.

HRW (2019). *Joint Letter to UN Secretary-General on Rosenthal Report* [online]. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2019/09/05/joint-letter-un-secretary-general-rosenthal-report> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

HRW (2021a). *Rohingya* [online]. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/tag/rohingya> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

HRW (2021b). *Myanmar: Serious Rights Abuses Persist* [online]. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2021/01/13/myanmar-serious-rights-abuses-persist> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

IGFM (2020). *Der Genozid der Rohingya*. [online]. Verfügbar unter: <https://www.igfm.de/myanmar-die-meist-verfolgte-minderheit-der-welt-der-genozid-der-rohingya/> (zuletzt zugegriffen am 10.07.2023).

Die Rohingya-Krise

Eine Analyse der Reaktion der Vereinten Nationen auf die Massenverbrechen

Jepperson, R. L., Wendt, A., & Katzenstein, P. J. (1996). *Norms, identity, and culture in national security*. New York: Columbia University Press.

Kean, S. (2022). *Five Years On, Rohingya Refugees Face Dire Conditions and a Long Road Ahead*. Brüssel: International Crisis Group.

Keck, M. E., & Sikkink, K. (1998). *Activists beyond borders: Advocacy networks in international politics*. Ithaca: Cornell University Press.

Kitschelt, H. P. (1986). Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science*, 57–85.

Montesano, M., Thuzar, M., & Tun, H.M.M. (2021). *Min Aung Hlaing and His Generals: Data on the Military Members of Myanmar's State Administration Council Junta*. 97. Edition. Singapur: ISEAS.

O'Donnell, G., & Schmitter, P. C. (1986). *Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy*. Baltimore/London: John Hopkins University Press.

Oh, S. (2020). *Parties and their Significance in the Myanmar 2020 General Election*. 100. Edition. Singapur: ISEAS.

Risse, T. (2003). *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde* [online]. Verfügbar unter: http://userpage.fu-berlin.de/~atasp/texte/030209_risse_forschungsstand.pdf (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

Risse-Kappen, T. (1995). Bringing Transnational Relations Back. In *Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511598760> (zuletzt zugegriffen am 10.07.2023).

Rittberger, V., Boekle, H., & Wagner, W. (1999). Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. *Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung*. 34. 10-12.

Rosenthal, G. (2019). *A BRIEF AND INDEPENDENT INQUIRY INTO THE INVOLVEMENT OF THE UNITED NATIONS IN MYANMAR FROM 2010 TO 2018* [online]. Verfügbar unter: <https://www.un.org/sg/sites/Myanmar> (zuletzt zugegriffen am 28.04.2021).

Rudolf, P. (2015). *Bürgerkriege und Massenverbrechen verhindern—Aber wie? Erträge der Forschung*. Berlin: SWP.

Security Council Report. (2023). *UN Documents for Myanmar*. <https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/myanmar/>.

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (2022). *S/RES/2669* (2022) [online]. Verfügbar unter: https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_22/sr2669.pdf (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

Spohr, F., & Naing, H. W. (2020). *Wahlen: Myanmar – Die Volksheldin verrät ihre einstigen Ideale* [online]. Verfügbar unter: <https://www.freiheit.org/de/wahlen-myanmar-die-volksheldin-verraet-ihre-einstigen-ideale> (zuletzt zugegriffen am 05.04.2021).

Tagesschau (2020). *UN-Gericht: Myanmar muss Rohingya vor Völkermord schützen* [online]. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/myanmar-internationaler-gerichtshof-101.html> (zuletzt zugegriffen am 12.07.2023).

Tagesschau (2022). *Insgesamt 33 Jahre Haft für Suu Kyi* [online]. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/myanmar-regierungschefin-aaung-san-suu-kyi-urteil-101.html> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

Thuzar, M., & Tun, H.M.M. (2022). *Myanmar's National Unity Government: A Radical Arrangement to Counteract the Coup*. 2. Edition. Singapur: ISEAS.

UNRIC (2019). *UN-Mitgliedstaaten* [online]. Verfügbar unter: <https://unric.org/de/mitgliedstaaten/> (zuletzt zugegriffen am 11.07.2023).

USDP. (2016). *Parteiprogramm* [online]. Verfügbar unter: <http://www.usdp.org.mm/%e1%80%95%> (zuletzt zugegriffen am 21.04.2021).

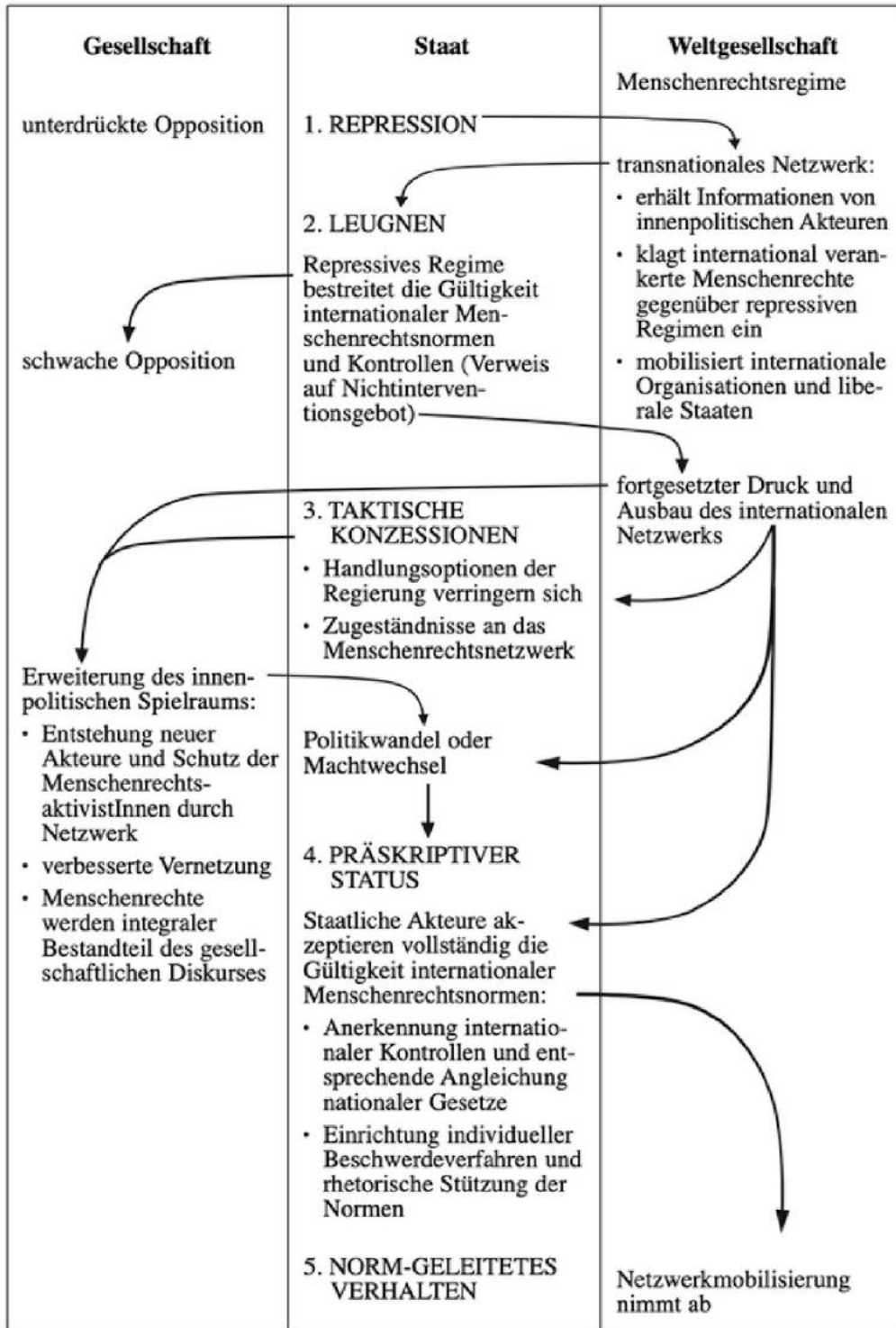
Van den Rul, C. (2016). *Why Have Resolutions of the UN General Assembly If They Are Not Legally Binding?* [online]. Verfügbar unter: <https://www.e-ir.info/2016/06/16/why-have-resolutions-of-the-un-general-assembly-if-they-are-not-legally-binding/> (zuletzt zugegriffen: 11.07.2023).

Weiss, T. G., et al. (2017). *The United Nations and Changing World Politics*. London: Routledge.

Yin, R. K. (2018). *Case study research: Design and methods*. [6. Edition]. New York: Sage.

Anhang

Grafische Darstellung: Das Spiralmodell der Menschenrechtsentwicklung



Quellennachweis: Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 14.

Sheila-Ann Riek

German Colonialism in Namibia and the Continuity of Structural Injustice:

Analysing the Parliament's Engagement with the Herero and Nama Genocide

ABSTRACT

Reconciliation between the Herero and Nama and the German government is non-existent, as the former colonising power still exercises dominance by avoiding reparation and restitution claims and an overall admission of guilt. Whereas Germany is shying away from paying reparations, based on the inter-temporal principal, this work, through the use of the concept of structural injustice argues Germany has a moral and political responsibility for its colonial crimes and can be held liable to pay reparations, as the victimised groups still suffer from colonial inherited injustices. Through the use of Critical Discourse Analysis, this work further shows that the discourse surrounding reconciliation within the German parliament is characterised by an asymmetrical power hierarchy, as speakers do not take into account the unjust structures and inequalities existing for Herero and Nama. Reparations can help eliminate contemporary structural injustice.

Introduction

Between 1904-1908, the Germans committed the Herero and Nama-genocide. German colonial troops systematically murdered approximately 80% of the Herero and half of the 20 000 members of the Nama tribes (Gründer 2012: 131). The remnants of German colonialism such as architecture, colonial statues, German descendants, and German state presence are still visible in Namibia today. The reappraisal of it has proven to be rather tricky, as the German government approaches this sensitive topic with a lack of apologetic remembrance. While Germany is known for its "Erinnerungskultur" (remembrance culture) with regard to the Shoa, the remembrance of its colonial past and the human rights abuses committed by the former German empire have not gained an extensive memorialisation nor commemoration. Although the atrocities of 1904-1908 were officially recognised as a genocide in 2015 (Boehme 2020: 248) and negotiations started between the Namibian and German governments, (ibid.) the German government has avoided issuing an official apology. Furthermore, the government is rejecting legal responsibility for reparations, arguing reconciliation is only possible through a "historic-moral approach" (Melber 2017:17). This argumentation is based on the UN Genocide Convention (United Nations General Assembly 1948), which came into effect for Germany in 1955, and the inter-temporal international law, which does not constitute a criminal offence liable for retrospective reparations (Roos and Seidl 2015: 193f). Germany furthermore claims that the bilateral development aid they contribute to Namibia is also allocated for the descendants of the genocide victims (Boehme 2020:246). Herero and Nama have repeatedly voiced their concerns about this, as the money is not reaching their communities (Köbler 2020: 129).

The question arises how the German government can be held liable and pay reparations beyond a legal approach, achieve reconciliation with the Herero and Nama descendants, and close the existent asymmetrical power hierarchy. This paper stresses that true reconciliation can only be possible if the interests of the Herero and Nama are given priority, accountability must include an official apology from the German government and reparations - ultimately changing the bilateral relationship between the former coloniser and the former colonised.

This paper uses the concept of structural injustice to argue that Germany has a moral and political responsibility for its colonial crimes. Iris Marion Young defines structural injustice as existing when: "Social processes put large categories of persons under a systematic threat of domination or deprivation of the means to develop and exercise their capacities, at the same time as these processes enable others to dominate or have a wide range of opportunities for developing and exercising their capacities" (Young 2006: 114). Unjust structures inherited from colonialism are still persistent and visible in Namibia today, and manifest themselves in an asymmetrical power hierarchy between the German state and the Herero and Nama groups. Germany, therefore, carries responsibility to alleviate its colonial remnants. The German state is viewed as an "institutional moral agent"

(Erskine 2001: 72), possessing a distinctive identity, with an understanding of itself “as a unit”, the capacity for reasoning and purposeful decision-making, and having sovereignty (cf. Erskine 2001: 74ff; Deutscher Bundestag 2009).

To adequately answer the research question of "How does the engagement of the Bundestag with the Herero and Nama genocide reflect an asymmetrical power hierarchy?", two parliamentary debates of the Bundestag are assessed through Critical Discourse Analysis. These debates highlight the non-engagement of parliamentarians with the demands for reconciliation, and the structural injustice experienced by descendants characterise the discourse as an asymmetrical power hierarchy.

Structural Injustice

Iris Marion Young developed the theory of structural injustice to highlight the existence of unjust structural processes, in which individuals are connected and carry shared political responsibility for harmful actions caused within these processes (cf. McKeown 2018: 3). Drawing away from the classic “liability model”, which ascribes responsibility to actors whose intentional actions have caused harmful and unjust outcomes, (cf. Young 2006: 116; McKeown 2018: 6; Parekh 2011: 678) Young's "social connection model of responsibility", transfers responsibility to all whose actions contribute to structural injustice processes. She argues that people hold different structural positions, which present them with various options that either enable or constrain their individual actions (cf. Young 2006: 114; McKeown 2018: 4). Social constructs, such as class, gender, sexuality, ability, race, and ethnicity influence the social position one holds (cf. Young 2006: 112; McKeown 2018: 4).

People reproduce socio-historical "pre-existing structures", meaning structures have been constituted through previous actions, and shape the physical and cultural environment individuals find themselves in (Young 2006: 113f). Young further argues that "transnational social structures" can generate structural injustices (ibid.: 106). Human interactions and relationships transcend nation-states, with humans being increasingly interconnected through globalised markets and social connections (ibid.). These relationships are marked by unequal power hierarchy and distribution of material resources (ibid.). Material, institutional, and social rules influence human vulnerability and constrict individual action (McKeown 2018: 3f).

To prevent future unjust harm, agents must reform their actions and institutions (cf. Young 2006: 119; Lu 2011: 277; McKeown 2021: 6ff). The responsibility here lies in collective action on transforming harmful social structures (cf. Lu 2011: 277; McKeown 2021: 6f; McKeown 2018: 6; Parekh 2011: 677).

Colonialism as Structural Injustice

Catherine Lu developed Young's approach of structural injustice further in the context of Western colonialism and responsibility for colonial injustices (cf. Lu 2011: 262; Waligore 2018: 15). While colonialism is in contemporary times perceived as horrendous and unjust, colonialism and colonial wrongdoings did not deviate from the norms, laws, and customs which were in place during that time, rather Western states created and legitimised an international colonial system through them (Lu 2011: 266; 277). Colonialism was a socially legitimised structure based on the concept of racial superiority. It perpetuated and (re-)produced social vulnerabilities and enabled atrocities and human rights violations (ibid.). Thus, the actions perpetrated by states "conform to rather than deviate from, a morally defective baseline", making it difficult to acknowledge a legal basis of colonial crimes (ibid.). Lu, therefore, calls for a normative assessment of colonialism as internationally legitimated practices and how it can be morally reprehensible (ibid.: 267). Hereby, she highlights the complicity of the international society of states, which carry a historical responsibility for creating an international system of colonialism that enabled colonial atrocities (ibid.). State-centric international approaches fail to encompass a greater historical responsibility for colonial atrocities (cf. Lu 2011: 268; McKeown 2021: 7). A structural injustice approach puts the responsibility on all who participated, enabled, and (re-)produced colonial harm (ibid.). In lieu of taking away responsibility from the state and certain individuals, who intentionally caused harm, the framework includes all participants within the international system of structural injustice to be held responsible and carry responsibility towards the colonised people (Lu 2011: 269).

While Young draws away from compensating victims, Lu stresses "the elimination of social disadvantages" suffered by victims of past injustices (2011: 278). Nowadays, the direct victims and perpetrators of colonial injustices are not alive anymore. Assigning blame and responsibility is difficult. While unjust actions/policies of the colonial system might have ended, the structural processes and, thereof, structural injustice are still persistent (ibid.). Therefore, the descendants of those who have contributed to structural injustice carry the responsibility to reform them, making structural injustice inherent (ibid.: 264). Political responsibility ends when social structures are just (ibid.). A reform of the law is not enough to end the injustice, as social norms of institutions and practices need to change as well (ibid.: 279). When looking at the international community's responsibility, equal sovereignty is required for all formerly colonised states (ibid.). International social structures, institutions, and practices need to be reformed to change the international order (ibid.).

Young and Lu are concerned with a "forward-looking" approach and the political responsibility of contemporary structural injustice, they both draw away from holding states accountable for injustices and argue that a state is not liable to pay reparations (McKeown 2021: 10). Maeve McKeown argues for including the

"liability model" alongside Young's responsibility model, stressing reparations and eliminating contemporary structural injustice, thus transferring responsibility onto the state (2021: 8). Young only holds corporations liable to pay reparations (cf. McKeown 2021: 10). She divides states and markets from each other; the colonial system was, however, an intertwinement of the two, which used people as commodities (ibid.:11f). Corporations are, for McKeown, regarded as institutional moral agents with decision-making structures, able to reason and take actions that follow these reasons. McKeown ascribes the same features to states, drawing on Erskine, who argues that within international relations, states qualify as "institutional moral agents" (Erskine 2001: 72). Thus, they become "capable of bearing responsibilities" and can therefore be held accountable for their harmful acts (McKeown 2021: 11;14).

The overall focus lies in achieving reconciliation between the formerly harmed and the perpetrators (McKeown 2021: 9). The contemporary descendants of perpetrators must reform structural injustice and bear responsibility in the form of reparations (ibid.). As McKeown argues, these reparative measures can enable effective "political and social agency" of former victims, as they may still suffer from past structural injustice (ibid.). Most former colonial states reject reparation claims based on the individual perpetrators not being alive anymore and the state of the law during that time (cf. McKeown 2021: 17). McKeown, however, emphasises the moral responsibility to pay for the historical human rights abuses (ibid.). By a state accepting their liability, they recognise the "special obligations" they carry (ibid.: 19). Solely concentrating on the forward-looking approach of "institutional reform and investment" as argued by Young, states neglect and evade their responsibility and reparative obligations, which are outstanding since that time (ibid.). Including backward-looking approaches shows that the affected community is being listened to and taken seriously in their experienced marginalisation and oppression (ibid.).

Including apologies is also of great importance. Officially acknowledging the historical atrocities committed is the only way to go forward in repairing "relations of respect" between the victim and perpetrator (ibid.: 19f). The structural injustice still experienced by descendants of colonised people does not become obsolete by former colonial powers "granting" independence or paying development aid (ibid.: 20). Aid does not make up for the past, as aid is an imbalanced "benefactor/beneficiary relationship" (ibid.). Bilateral aid does not include an official apology for the past crimes, nor is it aimed at reappraising the past but instead targets the donor's interest (cf. Maizels and Nissanke 1984 cited in McKeown 2021: 11). Waligore argues for reparations based on agents' social positions and their historical connection to injustice. If an agent was responsible for historic structural injustice, they need to carry greater political responsibility to transform these structures (2018: 20). Similarly, Parekh suggests that states carry political responsibility, which requires them to adjust their human rights obligations to change conditions that allowed human rights violations to happen (2011: 683).

Critical Discourse Analysis

According to Teun van Dijk, critical discourse analysis is focused "on the role of discourse in the (re)production and challenge of (social) dominance" (1993: 249). He defines dominance as social power exercised by institutions and elites, resulting in social inequalities, including "political, cultural, class, ethnic, racial and gender inequality" (ibid.). Wodak identifies discourse as a social practice framed by the relationship between "discursive events and situations, institutions, and social structures" (2014: 303). Discourse is anything related to language, written down in the form of a text or as a verbal expression, such as speeches and conversations (ibid.: 302). The focus lies on structures and strategies within these forms of language and their role in reproducing social inequalities and unequal power relations (cf. Van Dijk 1993: 249; Blommaert/Bulcaen 2000: 449; Wodak 2014: 303).

Van Dijk (1993: 254) emphasises the role "social power" plays in social group relations. Social power is defined as power based on "privileged access" to social resources, such as position, wealth, status, and knowledge, including forms of communication and public discourse (cf. Van Dijk 1993: 254; Van Dijk 2001: 355). Further, power comes from elites and their discursive strategies in upholding and legitimating or condoning injustices and inequalities (cf. Van Dijk 1993: 252). Abuse of power is given by controlling and constraining other groups' minds and thus their actions through verbal and written discourse (cf. Van Dijk 1993: 254; Wodak 2014: 306; Van Dijk 2001: 355). For political discourse, how languages are presented to the public plays an integral part in constructing knowledge (cf. Wilson 2015: 776). According to their interests and goals, politicians form particular worldviews through discourse control (cf. Wilson 2015: 777). Influencing ideologies, norms, beliefs, and the construction of knowledge (cf. Van Dijk 1993: 257f). Ideologies reflect the "aims, interests, and values of groups" (ibid.). In this way, less powerful groups can be dominated, and their action influenced to the interest of the elite (ibid.: 255). Discourse, therefore, generates social relationships and identities, as well as objects of knowledge (cf. Wodak 2014: 303). Everyday discursive strategies can normalise and (re)produce ideologies and thus inequalities (cf. Wodak 2014: 306; Van Dijk 1993: 254). Thus, power can be exercised inconspicuously (cf. Van Dijk 2001: 355). Dominant groups can more easily control minds if they are believed to be authoritative, credible, or otherwise reliable experts (ibid.: 357).

This hegemony (after Gramsci) ensures the legitimacy of dominance. Power and dominance are "socially, politically and culturally organised and institutionalised" (Van Dijk 1993: 255). Powerful elites hold a hierarchy of power that enables them to have decision-making access and "access to and control over" different forms of discourse (Van Dijk 1993: 255; Van Dijk 2001: 356). Elites and institutions are as powerful as their control and influence over discourse, particularly discourse genres, audience, participants, and discourse scope (ibid.). The more access and control, the more influential the group or institution (Van Dijk 1993: 257). As control and the generation of knowledge play an essential part within discursive practices, there is

great importance in how dominant discourses influence "socially shared knowledge" (ibid.: 258).

How dominance is discursively re-produced can be analysed through context and structures of text and talks (Van Dijk 2001: 356). Context refers to different categories, such as the setting of the discursive events, the action of discourse, the participants present, their roles, including their knowledge and ideologies (ibid.). Moreover, power is enacted through the control over discursive structures, genres, speech acts, and the topic (ibid.). Words within a discourse which either justify or deny dominance, re-produce it. According to Van Dijk, justifying inequality includes how a dominant group is represented in contrast to the other group (ibid.: 623f).

Structural Injustice applied to German Colonialism in Namibia

According to Lu (2011: 262; 268), colonialism is a system of structural injustice. Thus, different agents share the responsibility for colonialism and the participation and re-production of this unjust system (Lu 2011: 277; McKeown 2021: 7). Colonialism was legitimised through various sets of norms and a general belief of civilising and Christianising the African continent (cf. Eckert 2012: 1), with many approving of the "legality" of colonialism under international legislation (cf. Lu 2011: 265). Together with the capitalist elite, who controlled various state institutions and industrial production, the German empire framed their violent takeover of Namibia as beneficial to Germans as well as the indigenous populations of Namibia (Melber 1985: 68). In this context, the German empire becomes the primary agent of creating unjust processes within Namibia. McKeown ascribes states reasoning and classifies them as institutional moral agents who can be held responsible for their actions (2021: 10). Colonized people had to adapt to the invasion of Western imperialism and its imposition of societal structures based on racial superiority. This reproduced structural processes that enabled structurally based injustices (Young 2006; Lu 2011: 269ff).

As the colonial system also functioned on capitalistic exploitation, the German state did not act alone. McKeown renders states and corporations both responsible for the payment of reparations and for being liable for colonial harm (2021: 14). Capitalistic advances of using Namibia as an economic colony started in 1890 (SWAPO 1987: 16). Grounds for the exploitative, unjust system were laid through private "concessionary companies" (ibid.) which sought interest in Namibia before the German empire under Bismarck became involved in the economic pursuit of advancing Namibia as revenue for the state (Samnick 2021: 22).

Colonial Asymmetries and Structural Injustice prevalent today

The Durban Declaration from 2001 notes that colonial structures, effects, and practices are persistent and contributing to "social and economic inequalities" (United Nations 2002:17). McKeown stresses the inclusion of reparations (2021:8) to

achieve just structures and the elimination of "social disadvantages" (Lu 2011: 278). Reparations and acknowledging colonial wrongs could, thus, ensure restoring the dignity of the former victims (cf. Kössler 2012: 284). Engert and Jetschke (2011: 31) argue that the perpetrator admits his moral responsibility through reparations. Within the structural injustice approach, moral responsibility is supplemented with political responsibility (McKeown 2021:8). Application of the structural injustice framework suggests that, as the main perpetrator in Namibia, the German state should pay reparations (Waligore 2018: 20).

Köbler (2015: 140) argues that power relations heavily influence processes of recognising past atrocities. Activists from Germany and Namibia have been advocating transnationally for the recognition of the genocide, waiting for an official apology, and demanding reparations since 1990. Reparation claims of the descendants are denied by the federal foreign office of Germany on the "legal basis for suretyship" (Auswärtiges Amt 2019; Melber 2017: 17). In 1989, marking the Namibian transition towards independence, the first talks of the German parliament considering the German-Namibian relations, included the topic of development cooperation (Walther 2016: 9). Between 1990 and 2015, approximately €800 million have been paid to Namibia in development assistance. The provision of development aid to Namibia, motivated by a "special responsibility" (cf. Köbler 2020: 118; Roos and Seidl 2015:194), has often been used as an argument against the payment of reparations (see Walther 2016: 9; Köbler 2020: 129). Some scholars even argue that the development aid provided by Germany is a colonial continuity for "developing" Africa (cf. Bendix 2020: 75). There have also been claims made that the assistance has not reached the communities affected by the genocide but instead was spent in the northern regions, where the SWAPO government's main ethnic groups reside (Köbler 2020: 129) and towards the SWAPO government itself (cf. Roos and Seidl 2015: 203). For McKeown (2021: 17), though, reparations are not to be equated with development aid. Aid is considered not to be targeted towards reconciliation, as it is oriented towards the donor's interest without carrying liability for the past (Maizels and Nissanke 1984 cited in McKeown 2021: 11). Bendix (2020: 81) similarly argues that development aid is considered paternalistic and often not oriented towards the receiving communities but rather towards the German economic interest. By solely focusing on "investment", the German government neglects and evades responsibility (McKeown 2021: 19). Köbler argues that the avoidance to pay reparations is rooted in "colonial attitudes" (2020: 129).

The postcolonial asymmetry between Germany and Namibia is furthermore visible in the negotiations between the two governments. In 2015, the Namibian and German governments entered into a bilateral dialogue negotiating an official apology and whether there will be material compensation, as an apology opens "legal implications on the degree of compensation" (Melber 2020: 503). Until now (2023), there has been no official apology issued towards the descendants of the Herero and Nama, neither have the demands for reparations been fulfilled (cf. Cascais and Nebe, 2020; Köbler 2020: 124; Melber 2020: 502ff).

Germany came close to reconciliation with the victim groups in 2004, when Heidi Wiecek Zeul offered an “apology” to the Herero and Nama, during the 100th commemoration of the “Schlacht am Waterberg” (Habermalz and Schlüter 2016). The former German minister of development apologised in the name of Germany, declaring the atrocities of 1904 a genocide, in today’s understanding (Melber 2017:12). Yet the German government distanced itself from her admission of guilt, deeming it a personal statement only (cf. Melber 2017: 12; Walther 2016: 9). 2015 marks the first year, in which the German government, through its Foreign Ministry, called the events from 1904-1908 a genocide (Melber 2020: 503). Reconciliation requires an official apology offered by a political representative of government (cf. Engert and Jetschke 2011: 32). Apologies can ensure a reversal of power asymmetry, changing the relationship between victim and perpetrator (cf. Engert and Jetschke 2011: 32; Wilson and Bleiker 2014: 51), while not apologising, on the other hand, reflects “forgetting, denying or glorifying” past atrocities (Boehme 2020: 240). An official apology from the German federal republic could ensure a common remembrance landscape between Germany and Namibia. It is deeply intertwined with reparations; however, the German government is avoiding the specific terminology of “reparations” (Melber 2020: 503; Cascais and Nebe, 2020), as it would make them liable for other reparation payments outside of Namibia (Melber 2020: 503). Roos and Seidl (2015: 199f). argue that the demands for reparations have not been met to prevent German companies from being held accountable financially and legally.

An asymmetrical power hierarchy becomes obvious when excluding the descendants of the Herero and Nama in these negotiations (Bohne 2016: 2). Herero and Nama groups have continuously criticised the procedures, as they do not feel rightly represented by the Namibian government (Melber 2020: 504). Differentiated opinions and roles within the Herero and Nama, and power exerted over the groups by the Namibian government hamper the involvement of representatives (March 2021: 140). The German approach has been focused on setting the agenda rather than listening to the demands of the harmed groups (cf. March 2021: 140). The internal problems of representation and the matter of who speaks for whom have implications of Germany delegating responsibility onto the Namibian government (Melber 2020: 504). In 2019, various actors had criticised the exclusion of the affected groups in an open letter, deeming the negotiation processes a repetition of colonial trauma. They are demanding for the German state to be more transparent and find solutions outside of the state negotiations, including civil society and scientific, cultural, and social structures (Zimmerer et al. 2019).

Scholars note that reparations are not just monetary compensations but also include giving back land and human remains (Engert and Jetschke 2011: 30; Webber 2012: 105). Until now, significant portions of this land are in the hands of German descendants, who are a minority within Namibia but have significant economic power (cf. Kössler 2015: 1; Samnick 2021: 28; Kössler 2012: 286; Melber 2020: 505). Inequalities measured with the Human Development Index (HDI) show a gross inequality within the central and southern regions, formerly belonging to the Herero

and Nama (see Köbller 2020: 119). In taking a closer look at the inequality persistent in Namibia, the German-speaking population holds an HDI comparable to countries in the Global North. At the same time, people living in the northern regions, as well as Khoisan and Nama groups, have an HDI comparable to Congo or Sudan (ibid.). With German descendants holding greater economic power, they have the material capabilities to preserve colonial remnants within Namibia (Kössler 2012: 286). This has been made visible through the German community's outcry regarding the removal of colonial marks within Windhoek (ibid.). A politics of denial regarding the genocide is present within the German Namibian community, alongside the belief of their "contribution of the greater good of Namibian society" (Niezen 2018: 557). Within Namibia, there are privately owned museums and multiple commemorations towards fallen German soldiers, guarded by some members of the German community (ibid.). During Apartheid, the German settlers and their descendants enjoyed a privileged status. German foreign policy in Namibia during the 1970s and 80s was intensely concentrated towards the German population within Namibia (cf. Roos and Seidl 2015:193). German foreign policy within Namibia is targeted towards Germany's national interests (ibid.: 198). The interests of the German minority in Namibia are protected by the German government (ibid.: 204f). Along with the state, the German community upholds their presence in Namibia by preserving German culture, and preserving the German language through German private schools and German institutions. Within Germany, most Germans are visibly severed from the colonial past. At the same time, Namibians are not able to avoid its presence (Köbller 2020: 121). This is especially apparent in those parts of the country where the German empire expanded, and the Herero and Nama genocide took place i.e. central and south Namibia (cf. SWAPO 1987: 159; Köbller 2020: 121). Here, ancestral land has been expropriated from the local population during colonial times (cf. SWAPO 1987: 18f; Köbller 2020: 119), thus, giving attention to the still existing settler colonialism enforced by the German empire (Kössler 2015: 1). Meanwhile, the Herero and Nama descendants are missing land for ritualistic, ancestral, and communal practices (Köbller 2020: 119). The lack of ancestral land is a reminder for descendants of the lack of reconciliation (Kössler 2015: 2). Although German descendants still own most of the land, some sold their parts during the 1990 land reform. The Namibian government then distributed land based on political affiliation (March 2021: 136). A member of the Herero voiced his concern regarding the silence of the German-Namibian population regarding the genocide and its reappraisal, stressing that they do not voice their support towards reparations (ibid). While a German-Namibian artist said that many German descendants fear losing their land, others deflect their responsibility, noting that silence within the German population in Namibia has been persistent ever since the genocide (ibid.: 138). The land issue is "visible evidence of the structurally embedded inequality and injustice" remaining from the genocide (Melber 2020: 505). The local population was stripped of their land, as colonisers deployed brutal tactics to expropriate land and cattle from the Namibian people (Melber 1985: 70f; SWAPO 1987: 16). Settlers benefited from the structural processes that harmed Namibians, while exploiting them as cheap workforce (cf. Melber 1985: 70f; Melber 2010: 37). Settlers enabled

and reproduced various injustices which ultimately led to the Herero and Nama genocide (cf. Lu 2011: 262).

Land further plays an important role in the current proceedings of the GIZ and their project "Bush Control and Biomass Utilization", which wants to use Namibian biomass in German power stations instead of coal (Knödler 2021; Kahlcke 2021). The city of Hamburg wants to gather the biomass recourses from where the Herero were stripped of their land, and the genocide against the Herero took place (Kahlcke 2021). This undertaking has been criticised as it follows "neocolonial patterns" (Janzing 2021).

In 2008, public attention was shifted toward the existence of human remains in German museums and archives, particularly Herero skulls (Müller 2013: 56). Race studies, which had been prominent in Germany, required skulls and other human remains from colonial victims. Many skulls were transported from Namibia to Germany and are still within German possession (Pape 2017: 5). In 2011, the German federal republic returned 20 skulls belonging to Herero and Nama. During the ceremonies, where the skulls were returned, in 2011 and 2014, no representative of the German government participated, causing displeasure among Herero and Nama delegates and activists (Walther 2016: 10).

As a preliminary conclusion, this work argues that structural injustice is prevalent within the Namibian society as a continuity of asymmetrical power relations in the economic power between German descendants and Herero and Nama groups. Further, structural injustice is visible within the ownership of land, which also reflects asymmetrical participation within the economy and hinders the production of income. Rather than ensuring that the financial aid paid by Germany reaches the affected communities, it is being used to divert responsibility away from the payment of reparations and keeping the peace between German descendants and the Namibian government. This highlights the entanglement of misuse of power in both governments and within the ruling party SWAPO.

Critical Discursive Analysis of the German Bundestag

This work focuses on two debates within the Bundestag and how politicians engage with the Herero and Nama genocide. These discursive acts reflect the power relation between the two sides and (re-) produce the harmful conditions that shape the lives of the descendants in Namibia. Politicians operate within a national agenda and national setting, and their political behaviour is further influencing the European and international arena. Thus, the Herero and Nama genocide is highly politicised within the European context, as the parliament's decision can have repercussions for other states (Melber 2020: 503f).

Both plenary sessions (18/161 and 19/89) of the German parliament are categorised under political discourse; however, there are different sets of genres, styles, and

discourses within each debate. Based on the various speakers, this work identifies a general more conservative and (neo)-liberal discourse based on the dominance of speakers from the CDU and SPD, who formed the grand coalition for the 18th and 19th legislative period. The different political backgrounds and party affiliations reflect the speakers' ideologies. This is present within their language, speech styles, and speech patterns. Within plenary session 18/161, there will be conservative, liberal, and more leftist discourse present, while within session 19/89, a right-wing conservative discourse is in addition identified. The various discourses influence the action and interaction on the genocide topic and shape the parliament's decision. Further, as the speakers are members of different committees, they will also speak from this position, which then introduces economic or cultural discourse genres. These different discourse genres are found within the domain of the government, influencing action and interaction of politicians in regard to the topic of the Herero and Nama.

Both debates have shown that the German parliament engages with the genocide and the responsibility Germany must face. In general, most speakers said similar things and agreed on the moral guilt of Germany and the need for reconciliation, as part of the historical and moral responsibility of the country. The use of the word genocide and the mentioning of the return of cultural artefacts and human remains reflects the national government's official decision to acknowledge the genocide. Although cultural cooperation has been emphasised within debate 19/89, there have been no genuine efforts in putting down legal frameworks to guarantee the return of human remains and stolen art. The return of human remains is a sensitive topic among Herero and Nama, as the victims' skulls are connected to trauma and injustice (Shigwedha 2016: 213). It also influences the bilateral cooperation between Namibia and Germany and the economic aid Namibia receives (ibid.: 204).

Within the first debate, development aid instead of reparations dominated the discourse. One main theme and general consensus of the debate by speakers from the SPD and CDU/CSU was praising the development assistance provided by Germany. "Unsere Entwicklungszusammenarbeit, unsere Projekte in Namibia sind von großer Bedeutung" (Rebmann 2016: 15904) or „Mit diesem Geld sind viele Projekte und Einrichtungen gefördert worden, die die Armut bekämpfen und die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern“ (Motschmann 2016: 15906). The political discourse is intertwined with an economic discourse, which becomes more clearly visible when looking at the individual speakers. Wöhrle, Rebmann, Kekeritz and Movassat were members of the committee for economic cooperation and development from 2013 to 2017 (Bundestag n.d.). The large sums of development assistance were especially mentioned by the Christian-democrats (Motschmann 2016:15906; Wöhrle 2016: 15910). Rebmann (SPD), Motschmann and Wöhrle (both CDU) all highlight the various areas in which Germany invests money to "help" and "support" Namibia (Deutscher Bundestag 2016: 15904; 15906; 15910). Rebmann does stress that development assistance is not the same as an official historical admittance of guilt (Rebmann 2016: 15905), whereas Kekeritz (die Grünen) called

for projects which will benefit the Herero and Nama communities and the development of Namibia (Kekeritz 2016: 15909). Only Movassat (Die Linke) criticises that colonialism induced the poverty suffered by the Herero and Nama today (Movassat 2016:15906). Addressing the demands for reparations from the descendants of the Herero and Nama was not a theme included by the speakers, but rather continuously rejected, ex. "Es kann heute nicht mehr um Entschädigungszahlungen an einzelne Personen gehen" (Kekeritz 2016: 15909). Although all parties have stressed for reconciliation, only Kekeritz and Movassat have mentioned the need for an official apology, criticising the lack of a parliament resolution on the topic (Deutscher Bundestag 2016: 15909; 15906).

Within the second debate, which occurred three years after session 18/161, the conversation has shifted to include the claim of restitution for stolen cultural artefacts and mortal remains. The return of the bible and whip of Nama chief Hendrik Witbooi in early 2019 opened the debate for returning cultural artefacts on a national level (Mulke 2019; Staatsministerium Baden-Württemberg 2019). German museums and research institutes hold several human remains (Auswärtiges Amt 2018; Garsha 2020: 55). The German government has threatened Namibia by warning against using the return of genocide skulls as a "catalyst to unmask atrocities committed by Imperial Germany" and demanding monetary compensation (Shigwedha 2016: 204).

The inclusion of the victimised groups and the lack of land have only been important for the speakers of Die LINKE. Speakers of the FDP, and SPD do take note of the groups not feeling represented but emphasised that the responsibility lies with the Namibian government (Deutscher Bundestag 2019: 10667; 10709). Von Holtz (Green Party) stressed the importance of an official apology from the German state and the parliament. Both debates did not extensively address the structural injustice suffered by the descendants of the harmed Herero and Nama.

In both debates, some forms of current unjust structures and inequalities were mentioned but not thoroughly discussed. In debate 19/89, Stefinger (CDU/CSU) mentions that these are existing and need to be addressed through material measures but not reparations (Stefinger 2019: 10707f). In debate 18/161, Movassat highlights that 80% of farmland is held by white owners (Movassat 2016: 15906), while Wöhrl (CDU/CSU) romanticises the German culture within Namibia: "In der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika findet sich noch viel heimische Kultur" (Wöhrl 2019: 215910). He sees an issue with the demands for reparations and the recognition of the genocide, stressing the repercussions it has for German descendants. This worry reflects adherence to colonialism, downplaying and relativising it. This use of colonial revitalising language can also be observed in debate 19/89 with the AFD praising the German Empire and German settlers (Deutscher Bundestag 2019: 10666).

The historical and moral responsibility emphasised by the speakers is not new; in 1989, politicians in the Bundestag already argued for it. However, these words seem to have never been met with real action. It has been 32 years since then, and barely anything has changed. Instead of addressing the demands for reparations and rectifying the asymmetrical power hierarchy between the German government and the Herero and Nama through adequate reconciliation, the German parliament continues to emphasise the development aid offered to Namibia. It is doubtful that development aid has brought about any meaningful change in the lives of the affected or victimised groups.

Conclusion

To dismantle structural injustice processes and account for the past, reconciliation is necessary. Asymmetrical power relations are exercised by silencing the colonial past and diverting responsibility away from the government and the state. By Germany not meeting the demands for reconciliation, the Herero and Nama continue to be negatively affected by structural injustice, thus their actions and life on a political, cultural, and economic level remains restricted.

The analysis of structural injustice shows that German colonialism created unjust structural processes in Namibia, impacting the indigenous communities. This enabled German settlers to develop and exercise their capacities, while the German Empire dominated Namibians, their land, cattle, and lives. These processes put the Namibian population under a systematic threat and deprived them of their rights and capacities. Violence and exploitation became their reality, and revolting against the colonial system was met with more violence, ultimately leading to the Herero and Nama genocide.

German colonialism continues to harm Herero and Nama groups through a continuance of injustices, which exist because there has been no reappraisal of the past. The German state can exercise power through its bilateral relationship with the Namibian government and the development cooperation in place since the 1990s. In a way, Germany protects its descendants and acts on their interests, continuing to hold an immense presence within Namibia, which deepens through neo-colonial projects.

The structural injustice processes outlined further show that these processes are characterised by an asymmetrical power relation between the Herero and Nama, the descendants of German settlers, as well as the German state. This is visible in the government ignoring and deflecting its responsibility to dismantle structural injustice and abdicating the responsibility to apologise and meet reparation demands of victim groups. The missing remembrance culture of Germany's colonial past allowed the topic to take a back seat in recent years. This work wants to emphasise that Germany can be held liable outside of a legal framework. Although the government continues to draw away from legal responsibility, the German state

cannot elude itself of its moral and political obligation. With the help of structural injustice, additional pressure can be added to the German government, stressing that responsibility cannot be avoided.

Critical Discourse Analysis helped analyse the parliament's engagement with the genocide and demonstrates that an asymmetrical power hierarchy is persistent. The parliament's non-engagement with the structural injustices experienced by descendants of the genocide, and the absence of decisions on a parliamentary level to adequately reconcile and reappraise the past, characterise the discourse by an asymmetrical power hierarchy. Current structural injustice is barely included in these debates, nor have politicians made significant progress towards reconciliation since the 1990s nor since 2015 with the acknowledgement of the genocide. While the debates show an overall engagement with the genocide and its reappraisal, there is a consensus for development aid instead of reparations. Germany's role within the international community has been characterised as "Zivilmacht" (civil power) oriented towards human rights (Hellmann et al. 2014: 195). In this case, however, Germany acts towards its own interests instead of adhering to its human rights obligations. It is morally reprehensible to be prolonging injustice just to save face. A real solution to the "problem" can only be achieved by true reconciliation, with respect and dignity towards the victims.

This paper tried to introduce a different viewpoint on the subject matter, going away from a state-centred legal approach towards morality and political responsibility for colonial crimes. This work, however, does fall short of an extensive analysis of the Bundestag. To achieve a broader understanding of the parliament's engagement with the Herero and Nama genocide, a more extensive scope/text corpus will need to be analysed. Future work on the topic should explore Germany's national identity and colonialist mindsets within the greater society and how this is connected to Germany's remembrance culture. The construction of national identity and Germany's foreign policy towards Namibia could also be analysed to understand how current events are shaped. More so, to encompass Germany's actions on a global and international scale, it would be relevant to look at other actors, particularly European states, and how the colonial past can be accounted for on a European and international level. International politics and international relations should build upon structural injustice to develop a more comprehensive framework in which moral and political responsibility can be institutionally defined. Within the international system, there needs to be a change of norms, away from a colonialist and western-centric understanding of international relations, which influence how states act and disregard their human rights responsibilities for colonial crimes.

Bibliography

Auswärtiges Amt (2018): *Deutsch-namibischer Versöhnungsprozess: Gedenkgottesdienst in Berlin zur Rückgabe namibischer Gebeine*, in: [auswaertiges-amt.de](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/namibia-node/rueckgabe-menschliche-gebeine-namibia/2131568). Available online at: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/namibia-node/rueckgabe-menschliche-gebeine-namibia/2131568>. [30.08.2023]

Auswärtiges Amt (2019): *Aus der Vergangenheit in die Zukunft: Deutsch-Namibische Vergangenheitsbewältigung*. Available online at: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/afrika/-/1897660>. [30.08.2023]

Bendix, D. (2020): Die koloniale Gegenwart und dekoloniale Zukunft transnationaler Entwicklungspolitik. In: Stephanie Bonus et al. (ed.): *Entwicklungspolitische Freiwilligendienste im Fokus der Forschung*. Baden-Baden: Nomos, p. 73 – 83.

Blommaert, J.; Bulcaen, C. (2000): Critical Discourse Analysis. *Annual Review of Anthropology* 29, p. 447 – 466.

Boehme, F. (2020): Reactive remembrance: The political struggle over apologies and reparations between Germany and Namibia for the Herero genocide. *Journal of Human Rights* 19 (2), p. 238-255.

Cascas, A.; Nebe, C. (2020): *Völkermord an den Herero: „Reparationen“ oder „Heilung der Wunden?“*, in: [dw.com](https://www.dw.com/de/v%C3%B6lker-mord-an-den-herero-reparationen-oder-heilung-der-wunden/a-54545972). Available online at: <https://www.dw.com/de/v%C3%B6lker-mord-an-den-herero-reparationen-oder-heilung-der-wunden/a-54545972>. [30.08.2023]

Department of Information and Publicity SWAPO of Namibia (1987): *To Be Born A Nation*. Third Impression, London: Zed Press.

Deutscher Bundestag (2009): *Die Souveränität Deutschlands*. Berlin: Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste. Available online at: https://www.bundestag.de/resource/blob/579364/034_b11190e6f59ada9686600ee020f37/wd-3-%20119-09-pdf-data.pdf [30.08.2023]

Deutscher Bundestag (2016): Tagesordnungspunkt 12a. In: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.

Deutscher Bundestag (2019): Tagesordnungspunkt 19. In: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

Eckert, A. (2012): *Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus*, in: [bpb.de](https://www.bpb.de) v. 23.10.2012. Available online at: <https://www.bpb.de/apuz/146975/rechtfertigung-und-legitimation-von-kolonialismus>. [30.08.2023]

Engert, S.; Jetschke, A. (2011): Einleitung: Transitional Justice 2.0 – zur konzeptionellen Erweiterung eines noch jungen Forschungsprogramms. *Die Friedens-Warte* 86 (1/2), p. 15- 43.

Erskine, T. (2001): Assigning responsibilities to institutional moral agents: The case of states and quasi-states. *Ethics and International Affairs* 15 (2), p. 67-85.

Friedhoff, D. (2019): Tagesordnungspunkt 19 – 10666 A. In: Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

Garsha, J. J.(2020): Expanding Vergangenheitsbewältigung? German Repatriation of Colonial Artefacts and Human Remains. *Journal of Genocide Research* 22 (1), p. 46-61.

Gründer, H. (2012): *Geschichte der deutschen Kolonien*. [6. Auflage]. Stuttgart: UTB.

Habermalz, C.; Schlüter, J. (2016): *Entschädigung für Völkermord: Herero wollen an Verhandlungen teilnehmen*, in: [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de). Available online at: <https://www.deutschlandfunk.de/entschaedigungen-fuer-voelkermord-herero-wollen-an-100.html> [30.08.2023]

Hellmann, G. et al. (2014): *Deutsche Außenpolitik - Eine Einführung*. [2 Auflage]. Wiesbaden: Springer VS.

In der Beek, O. (2019): Tagesordnungspunkt 19 – 10667 A. In: Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

Janzing, B. (2021): *Energiepolitik in Deutschland: Holz aus Namibia statt Kohle?*, in: [taz.de](https://www.taz.de). Available online at: <https://www.taz.de/Energiepolitik-in-Deutschland/!5758430/> [30.08.2023]

Kahlcke, J. (2021): *Hamburgs neokoloniales Buschholz-Projekt: Geschäfte nach dem Völkermord*, in: [taz.de](https://www.taz.de). Available online at: <https://www.taz.de/Hamburgs-neokoloniales-Buschholz-Projekt/!5754570/> [30.08.2023]

Kekeritz, U. (2016): 15908 C. In: Deutscher Bundestag (2016): Tagesordnungspunkt 12a - Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.

German Colonialism in Namibia and the Continuity of Structural Injustice: Analysing the Parliament's Engagement with the Herero and Nama Genocide

- Knödler, G. (2021): *Holz aus Afrika für die Energiewende: Globale Partnerschaft in der Kritik*, in: taz.de. Available online at: <https://taz.de/Holz-aus-Afrika-fuer-die-Energiewende/!5754571/>. [30.08.2023]
- Kössler, R. (2012): *Facing Postcolonial Entanglement and the Challenge of Responsibility: Actor Constellations between Namibia and Germany*. In: Birgit Schwelling (ed.): *Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory: Transnational Initiatives in the 20th and 21st Century*. Bielefeld: Transcript Verlag, p. 277 – 312.
- Kössler, R. (2015): *Namibia and Germany Negotiating the Past*. Windhoek: Unam Press.
- Köbler, R. (2020): Postcolonial asymmetry: Coping with the consequences of genocide between Namibia and Germany. In: Monika Albrecht (ed.): *Postcolonialism Cross-Examined: Multidirectional Perspectives on Imperial and Colonial Pasts and the Neocolonial Present*. New York: Routledge, p. 117-134.
- March, L. (2021): „Wir wollen nur Gerechtigkeit“. In: Spiegel Geschichte (ed.): *Der deutsche Kolonialismus: Die verdrängten Verbrechen in Afrika, China und im Pazifik*. Hamburg: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, p. 134 – 140.
- McKeown, M. (2018): Responsibility for Structural Injustice. *International Encyclopedia of Ethics*, p. 1 – 10.
- McKeown, M. (2021): Backward-looking reparations and structural injustice. *Contemporary Political Theory*, p. 1- 24.
- Melber, H. (1985): Namibia: the German roots of Apartheid. *Race & Class* XXVII (1), p. 63 -77.
- Melber, H. (2010): Economic and Social Transformation in the Process of Colonisation: Society and State Before and During German Rule. In: Konrad Adenauer Stiftung (ed.): *State, Society and Democracy – A Reader in Namibian Politics*. Windhoek: Macmillan Education Namibia, p. 16 – 48.
- Melber, H. (2017): Genocide Matters – Negotiating a Namibian-German Past in the Present. *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* 33 (17), p. 1 -24.
- Melber, H. (2020): Germany and Namibia: Negotiating Genocide. *Journal of Genocide Research* 22 (4), p. 502-514.
- Motschmann, E. (2016): Tagesordnungspunkt 12a – 15906 B. In: Deutscher Bundestag (2016): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.
- Movassat, N. (2016): Tagesordnungspunkt 12a – 15905 B. In: Deutscher Bundestag (2016): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.
- Mulke, W. (2019): Repatriation Debate: The Restitution of Colonial Artefacts is going slowly, in: goethe.de. Available online at: <https://www.goethe.de/ins/rw/en/kul/mag/21648911.html>. [30.08.2023]
- Müller, L. (2013): „We need to get away from a Culture of Denial“? The German-Herero War in Politics and Textbooks. *Journal of Educational Media, Memory & Society* 5 (1), p. 50 -71.
- Niezen, R. (2018): Speaking for the dead: the memorial politics of genocide in Namibia and Germany. *International Journal of Heritage Studies* 24 (5), p. 547-567.
- Pape, E. (2017): Postcolonial debates in Germany – An Overview. *African Sociological Review* 21 (2), p. 2 -14.
- Parekh, S. (2011): Getting to the Root of Gender Inequality: Structural Injustice and Political Responsibility. *Hypatia* 26 (4), p. 672-689.
- Rebmann, S. (2016): Tagesordnungspunkt 12a – 15904 A. In: Deutscher Bundestag (2016): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.
- Roos, U.; Seidl, T. (2015): Im »Südwesten« nichts Neues? Eine Analyse der deutschen Namibiapolitik als Beitrag zur Rekonstruktion der außenpolitischen Identität des deutschen Nationalstaates. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 4(2) p. 182- 224.
- Samnick, O. (2021): Deutscher Handel und Kolonialismus in Afrika: Wie Geschäftsleute den Kolonialismus ermöglichten und heute noch davon profitieren. In: Katapult-Magazin (ed.): *Wenn Europa kolonisiert worden wäre*. Greifswald: Katapult-Magazin gGmbH, p. 22-27.
- Shigwedha, V. A. (2016): The return of Herero and Nama bones from Germany: the victims' struggle for recognition and recurring genocide memories in Namibia. In: Jean- Marc Dreyfus and Elisabeth Anstett (ed.): *Human Remains in Society: Curation and Exhibition in the Aftermath of Genocide and Mass-violence*. Manchester: Manchester University Press, p. 197 – 219.
- Staatsministerium Baden-Württemberg (2019): Witbooi-Bibel und Peitsche an Namibia übergeben, in: baden-wuerttemberg.de. Available online at: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/witbooi-bibel-und-peitsche-an-namibia-uebergeben/>. [30.08.2023]

German Colonialism in Namibia and the Continuity of Structural Injustice: Analysing the Parliament's Engagement with the Herero and Nama Genocide

Stefinger, W. (2019): Tagesordnungspunkt 19 – 10707 B. In: Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

United Nations General Assembly (1948): A/Res/3/260. Paris. Available online at: <http://un-documents.net/a3r260.htm> [30.08.2023]

United Nations (2002): A/CONF.189/12: World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance: Declaration and Programme of Action. Available online at: https://www.ohchr.org/Documents/Publications/Durban_text_en.pdf. [30.08.2023]

Van Dijk, T. (1993): Principles of Critical Discourse Analysis. *Discourse & Society* 4 (2), p. 249-283.

Van Dijk, T. (2001): Critical Discourse Analysis. In: Deborah Schiffrin, Deborah Tannen, Heidi E. Hamilton (ed.): *The Handbook of Discourse Analysis*. Oxford: Blackwell Publishers Ltd, p. 352 – 371.

Von Holtz, O. (2019): Tagesordnungspunkt 19 – 10668 C. In: Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

Waligore, T. (2018): Redress for Colonial Injustice: Structural Injustice and the Relevance of History. *Global Justice: Theory Practice Rhetoric* 11 (2), p. 15-28.

Walther, T. (2016): Völkermord verjährt nicht! Die Debatte um die Anerkennung des Genozides an den Herero und Nama durch Deutschland. In: Gesellschaft für bedrohte Völker (ed.): *Völkermord verjährt nicht! Die Debatte um die Anerkennung des Genozides an den Herero und Nama durch Deutschland*. Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

Webber, J. (2012). Forms of Transitional Justice. *NOMOS: American Society for Political and Legal Philosophy* 51, p. 98-128.

Weber, G. (2019): Tagesordnungspunkt 19 – 10709 A. In: Deutscher Bundestag (2019): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 19/89.

Wilson, E.; Bleiker, R. (2014): Performing political apologies. In: Erica Resende; Dovile Budryte (ed.): *Memory and Trauma in International Relations*. New York: Routledge, p. 42-56.

Wilson, J. (2015): Political Discourse. In: Deborah Tannen; Heidi E. Hamilton; Deborah Schiffrin (ed.): *The Handbook of Discourse Analysis*, 2nd Edition. Oxford: Wiley Blackwell, p. 775-794.

Wodak, R. (2014): Chapter 20: Critical Discourse Analysis. In: Roberta, Piazza; Ruth, Wodak (ed.): *DCA – Critical Discourse*, p. 302 – 316. Available online at ([PDF](https://www.researchgate.net)) [DCA - Critical Discourse Analysis \(researchgate.net\)](https://www.researchgate.net).

Wöhrle, D. G. (2016): Tagesordnungspunkt 12a – 15909 D. In: Deutscher Bundestag (2016): Stenografischer Bericht: Plenarprotokoll 18/161.

Young, I. M. (2006): Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model. *Social Philosophy & Policy* 23 (1) p. 102 – 130.

Zimmerer, J. (2019): Genozid and den Herero und Nama. Available online at: <https://kolonialismus.blogs.uni-hamburg.de/2019/05/10/offener-brief-an-die-bundesregierung-genozid-an-den-herero-und-nama/> [30.08.2023]

Dariush Movahedian Moghadam

Dröhnendes Schweigen -

Deutsche Politik und Medien zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt

ABSTRACT

Massenverbrechen geschehen immer wieder auf der Welt, doch Deutschland hat es zu seiner Staatsräson erklärt, diese zu verhindern. Grundlage dafür ist es, sie als solche zu erkennen, zu besprechen/benennen und politisch Handlungen daraus zu ziehen. Als jedoch im Tigray-Konflikt – dem Bürgerkrieg in Äthiopien zwischen der *Tigray People's Liberation Front* und der Armee der Zentralregierung – Gräueltaten geschehen, wurde geschwiegen. Erforscht wird, wie sich das Schweigen deutscher Politik und Medien zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt darstellt? Schweigen ist dabei nicht nur das Auslassen von Sprache, sondern kann vielfältig und auch mit vielen Worten passieren. Dabei lassen sich viele Unterformen von Verschweigen, sogenannte *silencing modi* anwenden, um die Strategien von Sprechern zu erkennen. In diesem Artikel wird (Ver-)Schweigen definiert sowie aufgezeigt, wie man dieses erkennt. Anschließend wird mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse auf Basis der *silencing modi* herausgearbeitet, welche Strategien des Schweigens im politischen Diskurs und der medialen Berichterstattung genutzt werden. Ergebnis ist, dass die deutsche Politik bis auf wenige Ausnahmen zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt schweigt, während Medien dies nicht tun.

Einleitung

„Die Ermordung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen.“ (Scholz 2022: 0:28-0:30). So äußerte sich der Bundeskanzler Deutschlands, Olaf Scholz, zu den Gräueltaten von Butscha, einem Vorort von Kiew, in der Ukraine. Auch Außenministerin Annalena Baerbock sprach von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen und kündigte an, mehr Waffen an Kiew zu liefern (vgl. Tagesschau 2022). Vorangegangen war, dass nach dem Abzug russischer Truppen Bilder von auf der Straße getöteten Zivilisten um die Welt gingen. Im Zuge der Besetzung von Butscha, aber auch anderen Orten in der Ukraine, kam es höchstwahrscheinlich zu Massenverbrechen – begangen von der russischen Armee.

Die Reaktion folgte schnell: Weitere Sanktionen, Ausweisung russischer Diplomaten und Abstimmungen über Waffenlieferungen an die Ukraine, die auch schwereres Gerät als zuvor beinhalten. Reaktionen, die zeigen sollten: Gräueltaten gehen zu weit. Die Forderung nach einer raschen Aufklärung und Bestrafung der Täter wurde laut; eine richtige und angemessene Handlung nach dem Bekanntwerden von Massenverbrechen wurde angemahnt.

Es kommt weltweit immer wieder zu Gräueltaten, doch die Reaktionen sind meist anders als im Falle der Ukraine. Insbesondere Deutschland, als Nachfolgestaat der Holocaust-Täter sollte immer auf Gräueltaten reagieren: 2017 erklärte die Bundesregierung „[...] das Verhindern von Völkermord und schweren Menschenrechtsverletzungen und das Eintreten für bedrohte Minderheiten [...]“ zu ihrer Staatsräson (Bundesregierung 2017: 47; vgl. Hering/Stahl 2022: 2). Während sie nach Butscha ihrer Selbstverpflichtung folgte, sieht es im Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien und den regionalen Streitkräften Tigrays, einem Bundesstaat im Norden des Landes, ganz anders aus. In der ersten Phase des Konfliktes (04. November 2020 bis zum 30. Juni 2021) kam es zu Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Ethnischen Säuberungen, doch die damalige Bundesregierung reagierte nicht so, wie es die heutige nach Butscha tat.

Hering und Stahl folgend, vertritt vorliegender Artikel die These, dass die deutsche Regierung sowie die politische Elite außenpolitische Maßnahmen unterlassen können, indem sie Massenverbrechen^[1] verschweigen (vgl. ebd.). Auch ein Schweigen deutscher Medien wird vermutet, weshalb dies ebenfalls untersucht werden soll. Dabei liegt dieser Annahme zugrunde: Wenn die Medien über die Gräueltaten berichten würden, würden sie auch in der politischen Diskussion behandelt und andersherum. Die dieser Arbeit zugrunde liegende Forschungsfrage lautet demnach: Wie stellt sich das Schweigen deutscher Politik und Medien zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt dar?

[1] Massenverbrechen und Gräueltaten werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

Der Terminus *Schweigen* wird innerhalb des Theorieteils ausführlich erläutert. Dieser basiert vor allem auf der Forschung des Projektes ‚Beschweigen von Massenverbrechen‘ der Professur für Internationale Politik an der Universität Passau. Die Forschung zum Schweigen ist noch relativ neu im Fachbereich der Internationalen Beziehungen, aber auch generell der Politikwissenschaft. Theoretische Grundlagen wurden daher anderen wissenschaftlichen Disziplinen entnommen. Durch das Forschungsprojekt ist eine theoretische Basis geschaffen worden, um Schweigen in der politischen Sphäre zu erkennen. Dabei soll und kann die hier vorliegende Arbeit, ähnlich wie andere Beiträge des Projektes, nicht erklären, wieso es zum Schweigen kommt, aber es zumindest aufzeigen (siehe hierzu Hering/Stahl 2022: 3).

Hier soll die deskriptiv-analytische Dimension des Forschungsvorhabens im Vordergrund stehen. Daher wird die Qualitative Inhaltsanalyse (engl.: *Qualitative Content Analysis*, kurz QCA) als Methode genutzt. Es soll erreicht werden, das Schweigen der deutschen Politik und Medien zu charakterisieren und einzuordnen.

Der zu betrachtende Fall ist der Tigray-Konflikt, weil in diesem fortgehend Gräueltaten begangen wurden. Der Bürgerkrieg begann im November 2020 und dauerte mit Unterbrechungen der Kampfhandlungen bis ins Jahr 2023. Er hat immer noch Auswirkungen auf das Land. Auch die Heftigkeit der begangenen Massenverbrechen (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ‚ethnische Säuberungen‘) zeugen von einer immensen Brutalität. Daneben ist das Land ein Spezialfall für die außenpolitische Agenda der Bundesrepublik Deutschland, da es Schwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit und Reformpartnerland ist (vgl. Auswärtiges Amt 2021).

Bei der Betrachtung der deutschen politischen Elite folgt diese Arbeit Hering und Stahl, die davon ausgehen, dass „[...] (national) constitutional restraints and political practice favour certain political actors – [...] ‘privileged storytellers’ [...] – who occupy a gate-keeper position for the politicisation of a topic.“ (Hering/Stahl 2022: 4 mit Bezug auf Milliken 1999: 236). In Deutschland repräsentieren Bundeskanzler und Außenminister den Staat in internationalen Angelegenheiten. Auch die Fraktionsvorsitzenden sowie die außenpolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen werden aufgrund ihrer legitimatorischen Bedeutung analysiert. Bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Medienlandschaft werden zum einen die beiden quotenstärksten Nachrichtensendungen (*Tagesschau 20:00 Uhr* und *heute 19:00 Uhr*) betrachtet (vgl. Media Perspektiven 2022). Zum anderen wird die Berichterstattung der zweit- (*Süddeutsche Zeitung*) und drittstärksten (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) überregionalen Tageszeitung analysiert (vgl. IVW 2022).[2] Zunächst werden theoretische Grundlagen dargelegt. Dabei werden wichtige

[2] Die größte, *BILD*, wurde in der Untersuchung ausgespart, da sie thematisch nicht zielführend für das Forschungsvorhaben ist, aufgrund ihres Fokus auf Boulevardthemen (vgl. Schrag 2018: 285).

Definitionen vorgestellt, Schweigen und silencing Modi erläutert und die Methodik erläutert. Anschließend wird im empirischen Teil der Tigray-Konflikt historisch erklärt, begangene Massenverbrechen aufgezeigt und Grundlagen sowie der coding frame der QCA vorgestellt und angewendet, bevor zum Schluss ein Fazit gezogen wird.

Hauptteil

1. Theorie

In diesem Abschnitt soll Schweigen theoretisch erklärt werden. Dabei wird Literatur aus verschiedenen Forschungsdisziplinen herangezogen, vornehmlich aus den Kommunikationswissenschaften, der Anthropologie und den Politikwissenschaften. Zur Begriffsunterscheidung von silence und silencing wird die Differenzierung von Thiesmeyer (2003: 1f.) herangezogen: „Silencing takes place where there is discourse. [...]. Silence can be, or can seem to be, the result of personal choice, but silencing clearly involves choices made by other people as well as by the potential speaker.“ Für die vorliegende Arbeit soll der deutsche Terminus „Schweigen“ als Überbegriff genutzt werden. Er gilt sowohl für silence als auch silencing (sowie für muteness). Als Erstes werden nun relevante Definitionen für Begriffe aus dem „Schweige-Kosmos“ gegeben, es wird definiert, was Schweigen bedeutet und beinhaltet.

1. 1. Schweigen

Dingli und Cooke (2019: 2, kursiv im Original) definieren Schweigen „[...] as the space or situation within or upon which data, knowledge, or information (products of discernible, communicative language) are made inaccessible.“ Politisches Schweigen ergänzt dabei die vorhergehende Definition um, „[...] corridors and blockades facilitated, both intentionally and incidentally, through lacks in and of accessibility.“ (ebd.). Dabei wird dieses „[...] in all its forms as productive expression of agency, rather than as its disempowered absence“ artikuliert (ebd.). Weiter führen sie aus, dass „[...] political silence refers to the status within or upon which verbal, written, symbolic, physical, and material interaction is not proffered when it is expected, elicited, requested, provoked, or demanded.“ (ebd.).

Am Ende dieses Abschnitts erfolgt die Darstellung einer Typologisierung, welche die Ergebnisse vorheriger Untersuchungen zu *Schweigen* zusammenfasst und die Vielzahl an (Sub-)Typen definiert. Sie wird für diese Arbeit übernommen.

	Articulated	Non-Articulated
External to communication	Sound	Stillness
Internal to communication	Speech	Silence
	Muteness	
	Silencing	

Abb. 1: (Sub-)Typologisierung von Schweigen

Darstellung nach Augsten et. al (2022: 3)

Das Konzept von Augsten et al. (2022) unterscheidet dabei zwischen Typen innerhalb und außerhalb des Kommunikationsprozesses – wobei Kommunikation als Konversation zwischen mindestens zwei Subjekten verstanden wird – und zwischen artikuliert und nicht-artikuliert, wobei Artikulation sowohl stimmlich als auch wörtlich gemeint ist (vgl. ebd.). In der Tabelle beachtenswert ist dabei der fettgedruckte Begriff (*silence*), sowie die beiden verbindenden Unterkategorien (*muteness* und *silencing*), auf welche im Folgenden jeweils kurz eingegangen wird.[3] *Silence* ist kommunikative Nicht-Artikulation und verweist folglich auf die anderen Subjekte und/oder Objekte (vgl. Bilmes 1994: 73; vgl. Augsten et al. 2022: 3). *Speech* ist das Gegenteil von *silence*: artikuliert Kommunikation.

Gestrichelt umrandet sind „[t]he connecting subcategories of *muteness* and *silencing* [,which] illustrate the permeable boundary of the ‘articulation’ category. They correspond to the possibility of articulated silence“ (Augsten et al. 2022: 3; eig. Hervorhebung). Während *muteness* (zu dt.: Stummheit) die Unfähigkeit sich zu äußern (nicht-artikuliert) oder die Unfähigkeit ein spezifisches Thema (artikuliert) zu äußern beschreibt, bedeutet *silencing* (zu dt.: Verschweigen) das (un)bewusste Unterlassen von Äußerungen (nicht-artikuliert) oder der Äußerung eines spezifischen Themas (artikuliert) (vgl. ebd.). Für die vorliegende Arbeit ist dabei *silencing* der relevantere Gegenstand. Dabei ist von Bedeutung, dass *silencing* in einer nicht-artikulierten Form vorkommt, aber „[s]ometimes many words are required to keep a secret.“ (Bellebaum 1992: 88; vgl. Augsten et al. 2022: 3). Daraus lässt sich ableiten, dass Verschweigen oftmals mit vielen Worten einhergeht.

Nachdem die Begriffe *Schweigen* (und Verschweigen) definiert wurden, folgt nun die Darstellung, wie Schweigen erkennbar gemacht wird.

[3] Im Zuge der Analyse stellte sich außerdem heraus, dass für die Arbeit *speech* relevant sein wird.

1. 2. Schweigen im Spannungsfeld von Intention, Erwartung und Relevanz

In der Forschung zu Schweigen sind u. a. diese drei Punkte umstritten: Art, Entstehung und Effekte (vgl. Augsten et al. 2022: 2). Bei der Art des Schweigens wird unterschieden zwischen Schweigen als Abwesenheit (*silence as absence*) und als Handlung (*silence as action*) (vgl. ebd.). Der Unterschied ist im Fokus zu finden: Bei Ersterem liegt dieser auf der Interpretation und Zuschreibung, bei Zweiterem auf der Substanz des Handelns selbst (vgl. ebd.). Des Weiteren ist die Entstehungsrichtung von *Schweigen* umstritten. Hierbei besteht die Kontroverse darin, ob Schweigen auferlegt oder beabsichtigt ist, was wiederum die Einschätzung von Handlung und Intentionalität betrifft (vgl. ebd.). Zuletzt werfen die Effekte von Schweigen die Frage nach Normativität auf: „Does silence per se have negative connotations [...] or can positive effects also arise [...]“ (ebd.; vgl. Dingli/Cooke 2019: 3). In dieser Arbeit soll Schweigen als Abwesenheit (einer Äußerung/eines Inhaltes) verstanden werden, welche wiederum beabsichtigt und nicht auferlegt ist. Eine normative Wertung wird nicht vorgenommen.

Um den Sinn bzw. eine Bedeutung von Schweigen zu verstehen, muss der Einfluss von *Intention*, *Erwartung* und *Relevanz* in den Vordergrund gerückt werden (vgl. Schröter 2013: 19).[4] Schweigen kann dabei kommunikativ (also mit Worten) und nicht-kommunikativ (Abwesenheit von Sprache) sein, wobei „[...] the communicativeness of silence lies in the area of tension between intention and expectation of communication.“ (vgl. ebd.: 22). *Intention* ist dabei der schwerer zu fassende Faktor. In der Literatur wird getrennt zwischen intentional und nicht-intentional (Kurzon 1995, 1998, 2007). Schweigen hat eine Bedeutung, wenn der Sender dabei eine *Intention* hat, wenn aber nicht, dann gilt es als nicht-intendiert, ist trotzdem aber in generellem Sinne bedeutungsvoll (vgl. Kurzon 1998: 8). *Intention* steht dabei in Verbindung mit *Erwartung*: „Silence is not attributed meaning when it occurs at times when communication is not assumed to be taking place [...]. On the other hand, when communication is expected or perceived to be taking place, silence becomes potentially relevant [...]“ (Jaworski 1993: 91). Bedeutungsvolles Schweigen ist es nur, wenn Kommunikation erwartet wird – im Umkehrschluss hat Schweigen also nur dann einen kommunikativen Wert, wenn Nicht-Schweigen erwartet wird (vgl. Ulsamer 2002: 47, 55).

Nicht nur die enttäuschte Erwartung von Sprache kann zur Identifizierung von Schweigen herangezogen werden, sondern auch die mögliche Bedeutung von Schweigen in verschiedenen kommunikativen Kontexten (vgl. Schröter 2013: 24). Im Bezug darauf wird der dritte Faktor herangezogen, *Relevanz*: „[...] in a certain context, X should have been/is expected to have been/must be said.“ (ebd.: 25).

[4] Die folgende Ausführung bezieht sich auf Schröter (2013: 13-24). Sie bezieht sich auf das Organon-Modell von Bühler (siehe ebd.: 14; Bühler 1934) und teilt Intention dem Sender und Erwartung dem Empfänger zu. Relevanz wird intersubjektiv zum Kommunikationsobjekt geregelt bzw. dem Kontext zugeordnet.

Relevanz tangiert dabei sowohl die *Intention* des Senders als auch die *Erwartung* des Empfängers (vgl. ebd.: 26). Außerdem bezieht sich *Relevanz* dabei auf die Qualität der möglichen Information beziehungsweise Inhalte, wodurch diese wiederum zu einem Mittel werden, um kommunikative Abwesenheit zu identifizieren und Aussagen darüber zu treffen, was gesagt werden sollte (vgl. ebd.: 28).

Auch wenn kommunikatives Schweigen prototypisch ein Ergebnis der *Intention* zu schweigen bzw. zu verschleiern und einer (enttäuschten) *Erwartung* von Sprache ist, existiert phänomenologisch *Schweigen*, welches nicht als kommunikativ oder bedeutungsvoll intendiert ist ebenso: durch Wahrnehmung von Schweigen auf Grundlage einer enttäuschten Erwartung des Sprechens (vgl. ebd.: 30). Im Gegensatz dazu ist „[t]he communicativeness of silence [...] lower in cases in which there is only an intention to be silent, but no expectation of speech.“ (ebd.: 31). Es gibt Fälle, in denen Schweigen nicht kommunikativ ist, also wenn es keine *Intention* gibt zu schweigen und keine *Erwartung* von Sprache, oftmals in Form von kulturell vereinbartem Schweigen, wie bspw. Tabus, Warteschlangen oder im selben Bus zu sitzen etc., also in nicht-kommunikativen oder konventionellen Situationen (bspw. bei Ritualen) (vgl. ebd.: 32, 7). Jaworski weist darauf hin, dass bedeutungsvolles Schweigen nur zwischen zwei oder mehr Personen stattfindet und „[...] in situations in which the participants are engaged in communication or when one of them assumes that communication is taking place.“ (Jaworski 1993: 18).

Die theoretische Basis ist damit nun abgeschlossen. Nachfolgend werden die verschiedenen Modi des *Silencing* vorgestellt.

1. 3. *Silencing* Modi

Wie bereits oben angemerkt geht *Verschweigen* oftmals einher mit Worten und „[...] can be a form of communication as well [...]“ (Schröter 2013: 13). Diese Arbeit folgt Hering und Stahl, welche in ihrem Artikel festlegen, dass „[i]n our context, it essentially means that an issue remains below the threshold of politicization.“, (Hering/Stahl 2022: 9). Diese Modi sind nicht zu verwechseln mit deterministischen, kausalen Indikatoren zur Aufdeckung von Schweigen oder um Anhaltspunkte zu finden für bewusst eingesetzte Taktiken oder Strategien (obwohl sie es sein könnten). Vielmehr handelt es sich um beobachtbare Muster, welche helfen zu charakterisieren, wie Schweigen entsteht (vgl. ebd.). Nachfolgende Modi sind der Literatur entnommen, wobei es sich nicht um eine vollständige Liste handelt, sondern nur um eine Auswahl der bis jetzt entdeckten.

Non-mentioning ist, „[...] a total non-appearance of the issue in actor’s statements, is the most obvious mode of silencing. [...] Possible reasons for non-mentioning may be attributed to power, society and culture.“ (ebd.). In Rückbezug zu *Intention* kann man dabei erstens aufgrund der Handlungsfähigkeit von Akteuren davon ausgehen, dass *Verschweigen* ein absichtliches Zurückhalten von Information, also eine diskursive Manipulation, sein kann (vgl. ebd.). Ein zweites Merkmal, entnommen

aus den *memory studies*, ist Vergessen, welches ermöglicht sich von unangenehmen Erfahrungen und ungeliebten historischen Ereignissen zu distanzieren (vgl. ebd.). Und drittens „[...] non-mentioning may simply refer to non-deliberative speech acts.“ (ebd.).

Ein weiterer Modus ist **trivialization**. Es bedeutet „[...] to relativise or downplay an issue [...]“ (ebd.) und „[...] it reduces the significance of the act [...]“ (Clair 1998: 82). Hierbei folgt diese Arbeit der Anmerkung von Hering und Stahl, welche sich nicht in erster Linie auf die normative Dimension des Begriffs Trivialisierung konzentrieren, sondern vielmehr den relativen, verharmlosenden Aspekt betonen, der im Deutschen dem Begriff *Relativierung* am nächsten kommt (vgl. Hering/Stahl 2022: 9). In Bezug auf Gräueltaten erklären Hering und Stahl:

„Since mass atrocities are often accompanied by the brutalisation of violent conflict, by political mismanagement or by ‘humanitarian disasters’ such as hunger, displacement and the spread of diseases, there are many issues to talk about. In securitisation theory, one talks about ‘replacement’ when one threat is replaced by another. Thus, other issues are pushed to the fore while downplaying the mass atrocity issue. In addition, ‘we versus them’ divide may be pronounced by stressing the strangeness of ‘a faraway country of which we know little’“ (ebd.: 10).

Hering und Stahl subsumieren **naturalization** unter *trivialization*. In diesem Modus wird ein Massenverbrechen relativiert, indem man dieses immer wieder als einen Fall unter anderen in einer schrecklichen Welt einordnet und als etwas, das normal oder natürlich gegeben ist (vgl. ebd.). *Naturalization* ist dabei sehr eng verwandt mit **normalization**, wobei hier auf einen Mangel an Alternativen verwiesen wird (vgl. Augsten et al. 2022: 3).

Framing „[...] puts the issue in another context which should be the main topic. Ideally, this topic is easier to handle and standard operating procedures [...] are already in place.“ (Hering/Stahl 2022: 10). Dabei wird ein interpretativer Rahmen festgelegt, welcher alternative Bedeutungen ausschließt (vgl. Augsten et al. 2022: 3). In Bezug auf Massenverbrechen ergänzen Hering und Stahl: „[...] through framing, the issue of mass atrocities with its specific (legal) definition, causes, implications and recommendations for political action disappears from the discourse.“ (Hering/Stahl 2022: 10). Auch beziehen sie sich auf Hansen: Je abgründiger ein Konflikt erscheint und je mehr alle Seiten in einem Konflikt schuldig erscheinen, desto mehr findet *desecuritization*[5] und Entpolitisierung statt (vgl. ebd.; s. a. Hansen 2006: 96, 146). Framing kann auch bedeuten, die Verantwortung weiterzureichen, an z.B. regionale Organisationen oder die UN, wodurch es deren Gegenstand zu sein scheint (vgl. Hering/Stahl 2022: 10). Bei Augsten et al. wird letzterer Punkt als eigener Modus angegeben: „[...] **discursive displacement** is understood as the attempt to shift an issue and its treatment into other discursive

[5] Desecuritization ist „[...] the shifting of issues out of emergency mode and into the normal bargaining process of the political sphere [...]“ (Buzan et al. 1998: 4).

spaces, e.g. from the State to the European Union (EU) level.“ (Augsten et al. 2022: 3; siehe auch Clair 1998: 83f.; eigene Hervorhebung). Hering und Stahl (2022: 10) bestimmen vier mögliche frames:

„[...] a framing as standard issue that can be dealt with by existing (bureaucratic) procedures; a framing as a more opportune (legal) phenomenon; a fatalistic framing, shattering any possibility for a positive impact; and a framing that delegates the responsibility to other actors.“

Ein weiterer Modus ist **subordination**: Ein Thema einem anderen untergeordnet (vgl. Augsten et al. 2022: 3). Beispielhaft dafür ist die Unterordnung von Hunger unter dem Oberthema „militärischer Konflikt“, wobei suggeriert wird, dass erst dieser gelöst werden muss, bevor man sich dem Hunger widmen kann, weshalb „Hunger“ verschwiegen werden kann (vgl. Edkins 2000: xvii). Diesem Modus sehr ähnlich ist **counterweighting**, bei dem sich auf alternative Themen fokussiert wird, mit dem Ziel, andere fallen zu lassen (vgl. Augsten et al. 2022: 3; siehe auch Clair 1998: 80).

2. Empirie

2. 1. Der Tigray-Konflikt

2. 1. 1. Historische Einführung in den Tigray-Konflikt

Der Tigray-Konflikt begann am 04. November 2020, als der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed Ali dem *Tigray National Regional State*, einem Staat im Norden der ethnoföderalen Bundesrepublik Äthiopien, offiziell den Krieg erklärte. Durch diese sog. „law enforcement operation“ (Ethiopian News Agency 2020) sollte die Verfassung geschützt und die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden (vgl. Abai 2021: 1). Vorausgegangen war ein Überfall eines Militärstützpunktes der Zentralregierung durch die *Tigray Defense Forces* (TDF). Doch der Konflikt wurzelt weit tiefer in der Vergangenheit.

Äthiopien wurde nie kolonialisiert und von 1936 bis 1941 vom faschistischen Italien besetzt. 1974 wurde der letzte Kaiser von einer Militärjunta gestürzt und der Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie erklärt (vgl. Zewde 2001: 229f.). Anschließend folgte eine grausame Herrschaft, der sich mehrere Ethnien und deren Volksarmeen in kriegerischen Auseinandersetzungen immer wieder widersetzen (u. a. die *Tigray People's Liberation Front*, kurz TPLF). Im Großteil des Vielvölkerstaates entwickelte sich aus dem *Derg* (amharisch für Komitee) der *Provisional Military Administrative Council*, danach eine Ein-Mann-Diktatur unter Mengistu Haile Mariam, einem Revolutionär der ersten Stunde, welcher zunächst die Militärjunta anführte. 1987 wurde er durch eine unfreie Wahl (nur die Arbeiterpartei Äthiopiens war zugelassen) Präsident der *Demokratischen Volksrepublik von Äthiopien*. 1991 floh Mengistu, nachdem die TPLF Addis Abeba und die *Eritrean People's Liberation Front* (EPLF) Asmara eingenommen hatten. Letztere Eroberung führte zur Abspaltung Eritreas von Äthiopien, welches nunmehr ein eigenes Land war. Dort erwuchs aus der EPLF die Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit,

die einzig zugelassene Partei in Eritrea und etablierte in dem Land eine neue, bis heute anhaltende Diktatur.

Nach dem Ende der Diktatur in Äthiopien wurde ein föderales System durch die *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) etabliert. Dieser Zusammenschluss ethnisch geprägter Parteien regierte das Land von 1991 bis 2019. Die Allianz repräsentierte mehr als 50 Prozent der Bevölkerung des Landes, vertrat aber nur einen kleinen Teil der über 70 ethnischen Gruppen (vgl. Abai 2021: 2; Beken 2012: 17-19). Nur 6,07 Prozent der Einwohner sind Tigrayer, dennoch spielten sie aufgrund ihrer großen Beteiligung am Sturz der vorangegangenen Diktatur eine wichtige Rolle im neuen Staatswesen des Landes. Obwohl sie weniger als die anderen Volksgruppen im Kabinett und Parlament vertreten waren, dominierten sie aufgrund der Geschichte die Sicherheitsbehörden und übten generell einen großen Einfluss auf das politische Geschehen Äthiopiens aus (vgl. Abai 2021: 1f.).

Das änderte sich jedoch mit dem Amtsantritt Abiy Ahmeds fundamental. Grund für den politischen Wechsel war der unermüdliche Kampf der mehrheitlich jungen Äthiopier für eine bessere politische und ökonomische Führung sowie die Forderung nach Achtung der Menschenrechte (vgl. Assefa 2021: 34). Die EPRDF verlor in den 2010er Jahren ihre ideologische Relevanz und Wirksamkeit, was schließlich zu ihrem Untergang führte (vgl. ebd.). In dieses Vakuum trat nun Abiy Ahmed ein. Er schuf ein taktisches Bündnis zwischen seiner eigenen Wählerschaft und die TPLF verlor mehr und mehr an Einfluss auf Zentralstaatsebene. Abiy Ahmed wurde Vorsitzender der EPRDF und kurze Zeit später, im Jahr 2018, Premierminister Äthiopiens. Er gründete eine neue Partei, die *Prosperity Party* (PP), welche einen überethnischen Zusammenschluss verschiedener Parteien darstellte. Er lud auch die TPLF dazu ein, Teil dieses Bündnisses zu werden. Diese lehnte jedoch ab und begann, ihre Macht in Tigray zu konsolidieren und militärische Vorbereitungen zu treffen (vgl. ebd.: 35f.).

2. 1. 2. Massenverbrechen im Zeitraum vom 04.11.2020 bis zum 30.06.2021

Nachdem Abiy Ahmed 2018 ins Amt gekommen war, standen die nächsten regionalen und nationalen Wahlen im Herbst 2020 an. Aufgrund der Corona-Pandemie verschob der Premier diese jedoch um zwölf Monate. Die Aufschiebung erklärte die im Bundesstaat Tigray regierende TPLF für verfassungswidrig und hielt in der Region selbst wie geplant Wahlen ab, aus der sie als klarer Sieger hervorging. Die daraus gebildete Regionalregierung wurde nicht von der Zentralregierung anerkannt, während gleichzeitig die TPLF Abiy Ahmed aufgrund der Wahlverschiebung nicht mehr als rechtmäßigen Premier betrachtete. Als dann am 3. November 2020 die *Tigray Special Forces* (TSF) mit verbündeten Milizen einen Stützpunkt des nördlichen Kommandos der *Ethiopian National Defence Forces* (ENDF), also der offiziellen Armee des Landes, überfielen und die in Tigray gelegenen Militärbasen und Waffen übernahmen, kündigte Premier Abiy Ahmed am 4. November eine

Offensive gegen die TPLF und mit ihr verbündete Streitkräfte an (vgl. OHCHR 2021: 1).[6]

Ein Bürgerkrieg brach aus, in dem es nach Berichten zu Massenverbrechen kam. Die betrachteten Fälle stellen nur einen Auszug der gemeinsamen Untersuchung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (im Engl. kurz: OHCHR) und der *Ethiopian Human Rights Commission* (EHRC) dar. Sie sind nach ihrer Schwere und im Kontext von Gräueltaten nach dem römischen Statut ausgewählt. Massenverbrechen sind „[...] those crimes that are within the jurisdiction of the International Criminal Court (ICC), namely genocide, crimes against humanity and war crimes, as well as so-called ‘ethnic cleansing’.“ (Stahl/Hering 2022: 2; vgl. UN Office on Genocide Prevention and the Responsibility to Protect 2014: 1).[7]

Die nachfolgend vorgestellten Ereignisse sind nach Stand der Erstauserarbeitung dieses Artikels (September 2022) noch nicht von offizieller Seite der UN bzw. des OHCHR als Massenverbrechen eingestuft wurden (vgl. OHCHR 2021: 5). Nichtsdestotrotz werden auf Grundlage des gemeinsamen Berichts von UN und EHRC sowie eines Berichts von *Amnesty International* (AI) und *Human Rights Watch* (HRW) die Geschehnisse, wenn sie auf Gräueltaten zutreffen, auch als solche eingeordnet. Der Zeitraum der Beobachtung beginnt mit der Ankündigung einer Gegenoffensive und endet mit dem Ausruf einer Waffenruhe durch die äthiopische Zentralregierung am 28. Juni 2021. In diesem Teil des bis heute andauernden Konfliktes geschahen die meisten Gräueltaten.

Massenverbrechen wurden sowohl von den TSF und den mit ihnen verbündeten Milizen verübt als auch von den ENDF, den Eritrean Defence Forces (EDF)[8] und den *Amhara Special Forces* (AMS) sowie anderen kleineren Parteien dieser Auseinandersetzung. Eine Wertung bzw. ein Vergleich nach Häufung und Intensität der Massenverbrechen soll im Zuge dieser Arbeit nicht erfolgen. Ziel ist einzig die Darstellung einzelner repräsentativer Ereignisse von Gräueltaten als Beleg für deren Auftreten.

Im November 2020 wurden auf beiden Seiten Zivilisten durch Beschuss getötet (vgl. OHCHR 2021: 2). Es kam zu zahlreichen ethnisch basierten Tötungen durch verschiedene Konfliktparteien (vgl. ebd.). Auch wurden im großen Umfang Angehörige der jeweils anderen Ethnie(n) verschleppt, inhaftiert, gefoltert und getötet (vgl. ebd. 2-4). Außerdem kam es während des Beobachtungszeitraums zu

[6] Aufgrund der Begrenztheit der Arbeit soll keine Darstellung des Verlaufes des Bürgerkrieges erfolgen.

[7] Die rechtlichen Grundlagen dafür finden sich in der Genozid-Konvention von 1948, in den Genfer Konventionen von 1949 und 1977 sowie im Römischen Statut von 1998. Kurze Erläuterungen zu den genannten Massenverbrechen finden sich im Bericht des OHCHR (2021: 16).

[8] Der Hintergrund ist, dass der eritreische Langzeit-Diktator Isayas Afewerki nach dem offiziellen Friedensschluss mit Äthiopien (wofür Abiy Ahmed 2019 den Friedensnobelpreis erhielt) und des Abtritts von Land an Eritrea (das in der Tigray-Provinz lag) Abiy Ahmed wohl gesonnen war, während die Feindschaft mit der TPLF auch weiterhin bestand.

einer Vielzahl von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt: „[...] physical violence and assault; attempted rape; rape including gang rape, oral and anal rape; insertion of foreign objects into the vagina; and intentional transmission of HIV have been committed by all parties to the conflict“ (ebd.: 3). Der Bericht führt dabei all diese Ereignisse als Bruch internationaler Menschenrechtsnormen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht auf, vermeidet aber eine Einstufung als Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da dies weiterer Untersuchung bedürfte (vgl. ebd.: 83f.). Dagegen findet sich kein Hinweis auf „ethnische Säuberung“ – anders als beim 2022 erschienenen Bericht von AI und HRW mit dem Titel: „We Will Erase You From This Land“.

Laut diesem Bericht installierte die Zentralregierung nach Eroberung von Gebieten in Tigray neue Behörden und setzte eine nicht-tigraysische Führung ein, bspw. Amharen, die das Gebiet dann ihrer Region zusprachen (vgl. HRW 2022: 82f.). Bewohner Tigrays wurden aufgefordert, das Gebiet zu verlassen und bei Weigerung wurde ihnen Gewalt angedroht (vgl. ebd.: 85f.). Außerdem kam es zu einer Reihe diskriminierender Einschränkungen, wie bspw. dem Verbot der tigrayischen Sprache, Austeilung von neuen Personalausweisen an alle Nicht-Tigrayer, wodurch Tigrayer in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden,[9] und mancherorts einem Ernteverbot für tigrayische Bauern (vgl. ebd.: 87-91). Des Weiteren wurden Tigrayer täglichen Schikanen ausgesetzt, ihre Häuser und Felder wurden zerstört und ihnen wurde mit dem Tod gedroht. (vgl. ebd.: 97-101). Ihr Eigentum wurde geplündert, sie hungerten (vgl. ebd.: 103-110) und die wenigen Essens- und Medikamentenlieferungen der Zentralregierung wurden von den neu eingesetzten lokalen Behörden verwaltet, welche diese nicht an Tigrayer ausgaben (vgl. ebd.: 114-121). Am 17. Januar 2021 wurden ungefähr 60 Männer an einer Brücke über dem Tekeze hingerichtet, was einen Massenexodus auslöste und einen Wendepunkt der ethnischen Säuberungen darstellte: Ultimaten wurden ausgerufen, West-Tigray zu verlassen und es kam zu einem Anstieg von Schikanen und Bedrohungen (vgl. ebd.: 139f., 162).

Die in diesem Abschnitt aufgezeigten Fälle sind nur ein Teil der untersuchten Ereignisse aus beiden Berichten. Auch wenn sich der OHCHR-Bericht noch nicht festlegt hat, kann davon ausgegangen werden, dass es zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kam. Aus dem HRW und AI-Bericht geht hervor, dass ethnische Säuberungen vor allem gegen Tigrayer im Westen des Bundesstaats stattgefunden haben.

2. 2. Der *Coding frame* für die Analyse

An dieser Stelle sollen Codes für die anschließende Analyse vorgestellt werden. Sie

[9] Außerdem wurden Bewohner Tigrays daran gehindert, in das Nachbarland Sudan zu fliehen. An der Grenze wurden sie von Streitkräften der Zentralregierung, der ASF und anderen Milizen inhaftiert, beraubt, geschlagen und getötet. Ihnen wurde gesagt, sie sollten in den Westteil Tigrays gehen (vgl. HRW 2022: 92).

speisen sich vor allem aus der in dieser Arbeit vorgestellten Theorie. Er ist damit also hauptsächlich *concept-driven*, das bedeutet deduktiv. Dennoch hat sich aus dem Material heraus eine Subkategorie (*narrative change*) induktiv ergeben, daher ist er auch teilweise *data-driven*. Der Code besteht nur aus zwei Ebenen. Auf der Ebene der Hauptkategorien befinden sich drei Kategorien, welche sich aus der Typologisierung von Augsten et al. (siehe hierzu Tab. 1) speisen: **silence**, **silencing** und **muteness**. Sowohl *silence* als auch *muteness* kommen dabei ohne Subkategorien aus. Unter *silencing* finden sich eine Reihe von Subkategorien, welche fast ausschließlich aus den vorgestellten *Silencing Modi* hervorgehen.

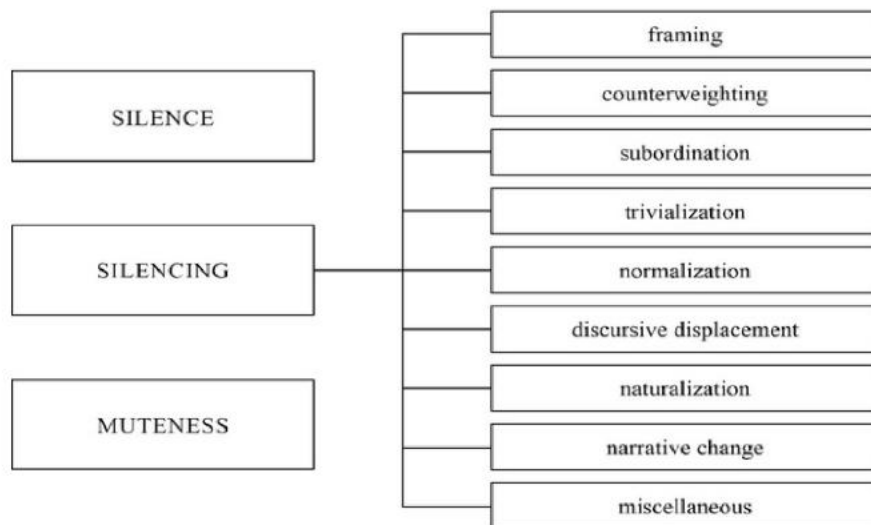


Abb. 2.: Code (hierarchisch aufgebaut von links nach rechts) eig. Darstellung

Nun sollen die Haupt- und Subkategorien definiert werden. Eine Definition besteht immer aus drei Teilen: dem Namen, einer Beschreibung und Beispiel(en) (vgl. Rustemeyer 1992: 95).[10] Zusätzlich kann eine Spezifizierung durch *decision rules* (wenn Kategorien sich überschneiden) hilfreich sein (vgl. ebd.). Zunächst werden die Hauptkategorien definiert.

Silence ist die Abwesenheit von Sprache. Es ist kommunikative Nicht-Artikulation. Beispielsweise äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht zu den Geschehnissen in Tigray nach ihrem Telefonat mit Premierminister Abiy Ahmed am 02. Februar 2021. Über ihren Pressesprecher wurden die Inhalte des Gesprächs mitgeteilt (vgl. Bundeskanzlerin 2021: 3). Im Gegensatz dazu ist **muteness** die Unfähigkeit, sich zu einem bestimmten Thema zu äußern. Es ähnelt hierbei dem *non-mentioning*, also dem totalen Nicht-Erwähnen eines Themas in dem Statement eines Akteurs. Als Beispiel dient hierfür ein Redebeitrag im Bundestag von Außenminister Heiko Maas zum Thema „Für eine umfassende Afrika-Politik im globalen Kontext“ vom 24. Februar 2021, in dem Maas sich über das Drängen nach einem humanitären Zugang zur Tigray-Region äußert, nicht aber auf den Konflikt und die dort

[10] Die Definitionen der Kategorien folgen diesem Schema. Sie speisen sich aus der Theorie zu Schweigen, den *silencing Modi* (Quelle wird nicht mehr aufgeführt) und (nicht gänzlich) aus dem Material.

begangenen Massenverbrechen eingeht (vgl. Bundestag 2021a: 26618). Zuletzt **silencing**, das Verschweigen, also das (un)bewusste Unterlassen von Äußerungen (nicht-artikulierte), oder die Äußerung zu einem spezifischen Thema (artikulierte). Oftmals geht es einher mit vielen Worten. Die Beispiele für *silencing* erfolgen im Zuge der Definition der Subkategorien:

Framing stellt das Thema in einen anderen Kontext, welcher idealerweise leichter zu handhaben ist. Ein interpretativer Rahmen, der alternative Bedeutungen ausschließt, wird festgelegt. Diskursive Akteure entpolitisieren dabei, indem sie beide Seiten in einem Konflikt als gleichermaßen schuldig ansehen. Typisch im Kontext von Massenverbrechen ist folgende Aussage des Bundesaußenministers: „Die Parteien müssen sofort handeln, die Kämpfe einstellen und Gespräche einleiten.“ (Maas 2020a). Beim **counterweighting** wird auf alternative Themen fokussiert, mit dem Ziel, andere fallen zu lassen. Beispielhaft hierfür ist die Ankündigung von Maas, die humanitäre Hilfe für Äthiopien um fünf Millionen Euro zu erhöhen, um auf die Notlage zu reagieren (vgl. Maas 2020b). **Subordination** findet statt, wenn ein Thema einem anderen untergeordnet wird. Beispielsweise die Unterordnung von Hunger unter dem Oberthema „militärischer Konflikt“ (siehe 1. 3.), wodurch suggeriert wird, dass erst dieser gelöst werden muss, bevor man sich dem Hunger widmen kann, weshalb „Hunger“ verschwiegen werden kann.

Eine weitere Subkategorie ist **trivialization**, bei der ein Thema relativiert oder heruntergespielt wird. Andere Themen, die im Konflikt begleitend sind, wie Hunger, Vertreibung und die Ausbreitung von Krankheiten, werden vorgeschoben, während das Problem der Massenverbrechen heruntergespielt wird. Beispielsweise: „Äthiopien und seine Nachbarländer hatten dieses Jahr bereits schwer mit Überschwemmungen, Heuschrecken und Covid-19 zu kämpfen. Der bewaffnete Konflikt in der Region Tigray kommt jetzt noch dazu.“ (Maas 2020b). **Normalization** weist auf einen Mangel an Alternativen hin. Exemplarisch hierfür ist die folgende Aussage des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Gerd Müller in Bezug auf die Einstellung von Fördermitteln an Äthiopien aufgrund des Tigray-Konflikts: „Nun muss man die Dinge vor Ort schon differenziert bewerten, bevor man zu Be- und Verurteilungen kommt. Äthiopien ist ein großes Land mit vielen Ethnien. In der Tigray-Region herrschen besondere politische Bedingungen.“ (Bundestag 2021b: 28246). Beim **discursive displacement** werden ein Thema und seine Behandlung in andere diskursive Räume verlagert, z.B. von der staatlichen Ebene auf die supranationale Ebene (EU, AU, Vereinte Nationen, etc.). Eine Reihe von Beispielen finden sich bei den Pressemitteilungen (PM) von Außenminister Maas (vgl. Maas 2020a, Maas 2020b und Maas 2020c).

Die letzte deduktiv hergeleitete Subkategorie ist **naturalization**. Dabei wird ein Massenverbrechen relativiert, indem man dieses als einen Fall unter anderen in einer schrecklichen Welt einordnet, als sei es etwas Normales oder natürlich Gegebenes. Veranschaulichend hierfür ist folgende Aussage von Maas: „In Syrien,

Jemen, dem Sahel, Kongo und andernorts gehen die bewaffneten Konflikte weiter. Zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie in Äthiopien sind neue Krisen ausgebrochen.“ (Maas 2020d).

Induktiv hergeleitet wurde die Subkategorie **narrative change**. Bei dieser Kategorie wird der Fokus in der Äußerung über ein Thema geändert. Statt über den Konflikt und die Massenverbrechen zu sprechen, wird die Gefahr einer Ausweitung auf andere Länder betont und/oder der Konflikt in einem Flüchtlingskontext gesehen. Bspw. äußerte sich Außenminister Maas wie folgt: „Der bewaffnete Konflikt [...] zieht die Nachbarnstaaten in Mitleidenschaft.“ (Maas 2020b). Den Subkategorien unter *silencing* wurde noch die Restbestandskategorie **miscellaneous** hinzugefügt, um einzeln auftretende Formen des *silencing* in einer „übrigen“ Kategorie zu bündeln. Für die Ebene der Hauptkategorien ist dies nicht notwendig, da diese rein *concept-driven* sind und die für die Forschungsfrage relevanten Bereiche abschließend abgedeckt sind.

2. 3. Die Analyse deutscher Politik und Medien

Die im letzten Unterkapitel vorgestellten Codes wurde innerhalb der QCA auf die deutsche Politik und Medien angewendet. Dabei wurden auf politischer Seite sämtliche offiziellen Dokumente herangezogen, die sich über die online erreichbaren Archive der Bundesregierung bzw. des Bundestages zum Thema Äthiopien/Tigray auffinden ließen. Analysiert wurden dabei die relevanten Ausschnitte (units of coding[11]) von Pressemitteilungen/-konferenzen, Grußwort und Redebeitrag sowie eine schriftliche Frage und drei kleine Anfragen an die Bundesregierung. Die analysierten Inhalte wurden dabei in Tabellen aufgeführt und den Haupt- und Subkategorien interpretativ zugeordnet.

Im Zuge der QCA wurde Nicht-Schweigen herausgearbeitet. Auch wenn es nicht unter die gebildeten Kategorien des *Coding frame* fällt, ist immer dann, wenn Massenverbrechen erwähnt wurden, dies gekennzeichnet worden. *Speech* steht in dieser Arbeit für die Artikulation innerhalb der Kommunikation (siehe hierzu auch Abb. 1.). Es kam also nicht zum Schweigen, sondern zum Aussprechen der begangenen Massenverbrechen. Dies betrifft die beiden Oppositionsparteien *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke*. Keine Dokumente ließen sich von den Vertretern der Regierungskoalition im Bundestag sowie von den beiden anderen Oppositionsparteien *FDP* und *AfD* auffinden. Auf medialer Seite wurden alle Artikel und Beiträge analysiert, die sich mit dem Konflikt bzw. gegen Ende des Untersuchungszeitraums mit der Wahl in Äthiopien beschäftigten und die dem Genre der Nachrichten zuordenbar sind. Meinungsartikel und Ähnliches wurden nicht begutachtet.

[11] „Units of coding are those parts of the units of analysis [siehe nächste Fußnote] that you can meaningfully interpret with respect to the categories at hand. They are those units that you can assign to a category in your coding frame [...].“ (Schreier 2012: 131; Hervorhebung wie im Original).

Für die politische und die mediale Seite gilt dabei, dass nur die Ergebnisse, eingeordnet und zugeordnet in Tabellen, aufgeführt wurden. Dabei werden abschnittsweise immer die Haupt- und Subkategorien in der obersten Zeile aufgeführt, die sich auch im jeweiligen Untersuchungsobjekt (*unit of analysis*, [12] also bspw. einem Artikel oder einer Pressemitteilung) auffinden lassen. Wiederholungen von gleichen Zuordnungen (*repetitions*, siehe hierzu Schreier 2012: 155) werden aufgenommen, sollen aber keiner Wertung unterzogen werden. Ziel der Arbeit bleibt die Darstellung des Schweigens deutscher Politik und Medien. Die Häufigkeit ist dabei nicht relevant, aber ein interessanter Aspekt, auf den auch in der anschließenden Auswertung kurz eingegangen wird.

3. Auswertung

Die vorliegende Arbeit kommt mit Hilfe der QCA zu dem Ergebnis, dass die deutsche Politik größtenteils zu den im Tigray-Konflikt begangenen Massenverbrechen schweigt. Die Bundeskanzlerin beschweigt das Sujet über einen langen Zeitraum komplett, welches nur zweimal, durch die Modi *muteness* und *trivialization* gestört wird. Bei Außenminister Heiko Maas hingegen, der sich zu Beginn des Konflikts in drei Pressestatements und später in zwei Redebeiträgen zu Wort gemeldet hat, kommt es zu *silencing* in verschiedenen Formen: *framing*, *discursive displacement*, *narrative change*, *trivialization* und *counterweighting*. Zwei Aussagen wurden außerdem in die Restkategorie *miscellaneous* eingeordnet. Eine davon, aus der Pressemitteilung vom 27. November 2020, ist dabei von besonderem Interesse. Hier kommt es einerseits zu einem Bruch des Schweigens, als Maas sagt: „Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung müssen untersucht [...] werden.“, gleichzeitig aber auch zu einer *Trivialisierung*. Der Ausdruck „Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung“ gleicht einem Herunterspielen der Ereignisse. Denn zu dem Zeitpunkt dieses Statements waren die ersten Massaker schon bekannt. Damit würde es sich um keine ‚Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung‘, (was konkret das auch sein mag), sondern um exzessive Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit handeln.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Befund zu erwähnen: der Umgang mit der Wortwahl. Oftmals kommt es zu einem *silencing* in ähnlicher Form von *trivialization*. Ob beabsichtigt oder nicht, werden Massenverbrechen, die einheitliche rechtliche Termini haben, falsch artikuliert. Statt auszusprechen was ist/war, nutzen Akteure andere Begriffe, welche meist den Charakter des Geschehenen nicht richtig widerspiegeln. Begleitet werden diese Aussagen von Verstärkungsworten, wie „schwer“, „groß“, „stark“ (z.B. „schwere Menschenrechtsverbrechen“). Es wäre sicherlich eine Betrachtung wert, allein dieses Phänomen des falschen, herunterspielenden *Wording* zu untersuchen.

Den Vertreterinnen und Vertretern des Bundestages (Fraktionsvorsitzende und

[12] „The *unit of analysis* [...] refers to that unit which you have selected for QCA, each unit yielding one text;“ (ebd.: 130; Hervorhebung wie im Original).

außenpolitische Sprecher) kann in großen Teilen *silence* zugeordnet werden. Es herrscht eine *absence of speech* bei den Parteien der Großen Koalition, aber auch bei den Oppositionsparteien *FDP* und *AfD*. Bei den Fraktionsvorsitzenden von *Die Linke* wird das Schweigen im Kontext zweier kleiner Anfragen gebrochen. Auch wenn diese sich vor allem auf Abschiebung und Familiennachzug von Flüchtlingen aus Deutschland beziehen, erwähnen die Fraktionsvorsitzenden Massenverbrechen. Auch die Fraktionsvorsitzenden von *Bündnis 90/Die Grünen* arbeiten in ihrer kleinen Anfrage zur Lage in Tigray Fälle von Gräueltaten heraus und benennen diese klar. An einer Stelle kommt es in der Anfrage jedoch zu einem *narrative change*. Eine andere Frage nach der Klimakrise als Konfliktverschärfer, wurde unter *miscellaneous* eingeordnet. *Speech* wird auch vom außenpolitischen Sprecher der Grünen, Omid Nouripour vollzogen, der in einer schriftlichen Anfrage nach dem möglichen Einsatz von Hunger als Waffe fragt. Der außenpolitische Sprecher von *Die Linke* Gregor Gysi schweigt zu den Gräueltaten (*silence*).

Auf der anderen Seite findet sich in den untersuchten deutschen Medien kaum Schweigen. Sowohl die beiden Tageszeitungen als auch die beiden Nachrichtensendungen beschreiben bzw. zeigen Gräueltaten in ihrer Berichterstattung. Einzelne Fälle von *silencing* (*narrative change*, *counterweighting* und *trivialization*) kommen vor, sind aber meist auf Zitate von Politikern oder Experten zurückzuführen. In Anreißern (kurze Texte, die auf die Artikel im Innenteil aufmerksam machen) und „Kurz Gemeldet“ (SZ) sowie „Wichtiges in Kürze“ (FAZ) kommt es oftmals zu *muteness*, weil in diesem Fall die Hauptinformation (Offensive rückt weiter vor, Wahlen etc.) in den Vordergrund gestellt wurde (siehe Anhang 2). Im Hauptartikel (wenn am selben Tag enthalten) kommt es dann aber fast immer zu *speech*. Der Bruch des Schweigens findet sich sowohl als eigene Herausarbeitung der Autoren in den Beiträgen als auch im Hinweis auf Berichte von Menschenrechtsorganisationen und/oder im Falle der Nachrichtensendungen in Form von O-Tönen Betroffener von Gräueltaten.

Die diesem Artikel zugrunde liegende Frage: „Wie stellt sich das Schweigen deutscher Politik und Medien zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt dar?“ kann abschließend also wie folgt beantwortet werden: Deutsche Medien schweigen zu Massenverbrechen im Tigray-Konflikt nicht. Das Schweigen der deutschen Politik ist hauptsächlich geprägt von *silence/absence of speech* (Ausnahmen *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke*). Bundeskanzlerin Merkel und vor allem Außenminister Maas nutzten Formen des Verschweigens (*silencing*). Die eingangs aufgestellte These, dass die deutsche Regierung und politische Elite außenpolitische Maßnahmen unterlassen können, indem sie Massenverbrechen verschweigen, scheint sich bewahrheitet zu haben. Ungefähr ein halbes Jahr nach Ende des Beobachtungszeitraums scheitern EU-Sanktionen gegen Äthiopien auch aufgrund Deutschlands (vgl. Fox 2021). Die USA dagegen verhängen bereits im Mai 2021 Sanktionen gegen Beteiligte und frieren Finanzhilfen ein (vgl. ZEIT ONLINE 2021).

Insgesamt können die Ergebnisse des Forschungsbeitrags zeigen, dass Schweigen ein

bewährtes Mittel der deutschen politischen Elite im Tigray-Konflikt ist. Obwohl die Opposition in Form der Parteien *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen* dieses Schweigen bricht, tätigt eine Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden und außenpolitischen Sprecher keine Äußerung, obwohl auch Oppositionsparteien unter diese fallen. Dies ist dahingehend außergewöhnlich, als dass man von der Opposition erwartet, sie würde sich durch ein Anprangern des Schweigens oder allgemeiner regierungskritisch mit den Fällen von Massenverbrechen in einem Land, welches maßgeblich Entwicklungshilfe von Deutschland bekommt, auseinandersetzen.

Ein interessanter Aspekt ist, dass Außenminister Maas im Zuge einer gemeinsamen Erklärung der G7-Außenminister zur Lage in Tigray indirekt das Schweigen bricht und *speech* tätigt. So verurteilten die Minister bereits am 02. April 2021, „[...] die Tötung von Zivilpersonen, sexuelle und geschlechterspezifische Gewalt, willkürliche Bombardierungen und die Vertreibung von Bewohnern Tigrays sowie eritreischer Flüchtlinge.“ (G7 2021). Da es allerdings eine Aussage der G7 ist, wurde das Statement nicht in die Untersuchung mit aufgenommen. Trotzdem bleibt fraglich, wieso Maas die Verurteilung von Gräueltaten in einem gemeinsamen Statement der G7 mitträgt, während er zur deutschen *audience* bzw. in der deutschen politischen Debatte dazu schweigt.

Zukünftige Forschung könnte in dem Feld „Beschweigen von Massenverbrechen“ möglicherweise Erklärungen geben, wieso es zum Schweigen kommt. Die Ursachen sind sicherlich vielfältiger Art, doch wäre es interessant über eine wissenschaftliche Grundlage eines Phänomens zu verfügen, das bis auf den jüngsten Bruch im Falle Butscha/Ukraine gängig in der deutschen Außenpolitik zu sein scheint.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

AP (2020). Ultimatum läuft ab. *Süddeutsche Zeitung* v. 26.11.2020, S. 8.

AP/REUTERS (2020). Warnung vor Flüchtlingskrise. *Süddeutsche Zeitung* v. 09.11.2020, S. 9.

Auswärtiges Amt (2021): Äthiopien: Beziehungen zu Deutschland [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/aethiopien-node/-/209510> [31.08.2023].

Bundeskanzlerin (2021). Bundeskanzlerin Merkel telefoniert mit dem äthiopischen Premierminister Abiy [online]. in [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) v. 02.02.2021, verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeskanzlerin-merkel-telefoniert-mit-dem-aethiopischen-premierminister-abiy-1850370> [31.08.2023].

Bundestag (2021). Stenografischer Bericht 208. Sitzung. Plenarprotokoll 19/208 [online], verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19208.pdf> [28.08.2023].

Bundestag (2021a). Stenografischer Bericht 211. Sitzung. Plenarprotokoll 19/211 [online], verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19211.pdf> [24.08.2023].

Bundestag (2021b). Stenografischer Bericht 223. Sitzung. Plenarprotokoll 19/223 [online], verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19223.pdf> [25.08.2023].

Bundesregierung (2017). *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf> [31.08.2023].

Die Linke (2020). *Kleine Anfrage. Abschiebungen nach Äthiopien* [online]. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/254/1925423.pdf> [31.08.2023].

Die Linke (2021). *Kleine Anfrage. Familiennachzug zu Flüchtlingen aus Eritrea im Jahr 2020* [online]. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/275/1927586.pdf> [31.08.2022].

Dörries, B. (2020). Bomber für die Einheit. *Süddeutsche Zeitung* v. 14.11.2020, S. 11.

Dörries, B. (2020a). Raketen auf Asmara. *Süddeutsche Zeitung* v. 16.11.2020, S. 7.

Dörries, B. (2020b). Keine Aussicht auf Waffenruhe. *Süddeutsche Zeitung* v. 20.11.2020, S. 8.

Dörries, B. (2020c). Angriff auf die Abtrünnigen. *Süddeutsche Zeitung* v. 27.11.2020, S. 9.

Dörries, B. (2020d). Einmarsch in Mek'ele. *Süddeutsche Zeitung* v. 30.11.2020, S. 9.

Dörries, B. (2021). Der Kampf geht weiter. *Süddeutsche Zeitung* v. 02.02.2021, S. 7.

Dörries, B. (2021a). Das Volk muss warten. *Süddeutsche Zeitung* v. 21.05.2021, S. 9.

DPA (2020). Hunderte Tote in Tigray. *Süddeutsche Zeitung* v. 12.11.2020, S. 6.

DPA (2020a). Äthiopien startet Offensive in Tigray. *Süddeutsche Zeitung* v. 27.11.2020, S. 1.

DPA (2020b). Warnungen vor einer Eskalation in Äthiopien. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 14.11.2020, S. 6.

DPA (2021). Schwere Vorwürfe. *Süddeutsche Zeitung* v. 30.01.2021, S. 7.

DPA (2021a). Entspannung in Tigray. *Süddeutsche Zeitung* v. 27.03.2021, S. 9.

DPA (2021b). Äthiopien wählt Parlament. *Süddeutsche Zeitung* v. 22.06.2021, S. 6.

DPA (2021c). Äthiopien erklärt Waffenruhe in Tigray. *Süddeutsche Zeitung* v. 30.06.2021, S. 1.

DPA/SZ (2021). Feuerpause für Tigray. *Süddeutsche Zeitung* v. 29.06.2021, S. 7.

Ethiopian News Agency (15.11.2020) *Law Enforcement Operation in Tigray Progressing Well: PM Abiy* [online]. Verfügbar unter: <https://www.ena.et/en/?p=18583>. [13.08.2022]

EPD (2020). Äthiopiens Militär nimmt Hauptstadt Tigrays ein. *Süddeutsche Zeitung* v. 30.11.2020, S. 1.

Fox, B. (2021). *Scheitern der Äthiopien-Sanktionen „meine größte Frustration“ in diesem Jahr* [online]. Verfügbar unter: <https://www.euractiv.de/section/außenpolitik/news/borrell-scheitern-der-aethiopien-sanktionen-meine-groesste-frustration-in-diesem-jahr/> [31.08.2023].

G7 (2021). *Erklärung der Außenminister der G7 zur Lage in Tigray, Äthiopien* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/g7-tigray/2451946> [31.08.2023].

Grüne (2021). *Kleine Anfrage. Zur Situation in der äthiopischen Provinz Tigray* [online], verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/276/1927607.pdf> f. [28.08.2022]

Hahn, N. (2021). *Äthiopien: Versorgungslage in unkämpfter Region Tigray bleibt kritisch* v. 07.02.2021, tagesschau/ARD, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-41385.html>. [28.08.2022]

Hechler, D. (2021). *Zahlreiche Flüchtlinge im Sudan wegen Kämpfen in Äthiopien* v. 28.02.2021, tagesschau/ARD, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-41697.html>. [28.02.2021]

Hoffmann, C. (2020). *Ausweitung des militärischen Konflikts im Norden Äthiopiens um abtrünnige Region* v. 15.11.2020, tagesschau/ARD, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-40079.html>. [28.08.2022]

Human Rights Watch (2022). *We Will Erase You From This Land. Crimes Against Humanity and Ethnic Cleansing in Ethiopia's Western Tigray Zone* [online]. Verfügbar unter: https://www.hrw.org/sites/default/files/media_2022/06/ethiopia0422_web_0.pdf [31.08.2023].

Kröger, T. (2020). *Äthiopien: Friedensnobelpreisträger im Krieg* v. 14.11.2020, ZDF, verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=B_nlyTuCpls&t=879s. [28.08.2022]

Kröger, T. (2020a). *Offensive gegen Tigrays Hauptstadt* v. 28.11.2020, verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JHR7MEQVrMk>. [28.08.2022]

Kröger, T. (2021). *Militäroffensive in Äthiopien* v. 01.02.2021, ZDF, verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=vokr97dj_Uw. [28.08.2022]

Kröger, T. (2021a). *Grausamer Konflikt um Tigray* v. 16.03.2021, ZDF, verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=lnqgX5eWeO8>. [28.02.2022]

Kröger, T. (2021b). *Parlamentswahlen in Äthiopien* v. 21.06.2021, ZDF, verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=qx_eSPK15tw. [28.08.2022]

Maas, H. (2020a). *Außenminister Maas zu den Auseinandersetzungen in Äthiopien* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2413348> [31.08.2023].

Maas, H. (2020b). *Außenminister Maas zum bewaffneten Konflikt und der humanitären Lage in Äthiopien* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2418604> [31.08.2023].

Maas, H. (2020c). *Außenminister Maas zu seinem Treffen mit dem äthiopischen Vizepremier Demeke Mekonnen* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-mekonnen/2421296> [31.08.2023].

Maas, H. (2020d). *Video-Grußwort von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Vorstellung des United Nations Global Humanitarian Overview 2021 from Berlin* [online]. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-global-humanitarian-overview/2422040> [31.08.2023].

Meier, C. (2020). *Krieg in Äthiopien?*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 05.11.2020, S. 6.

Meier, C. (2020a). *Abiy verteidigt Militäreinsatz*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 07.11.2020, S. 6.

Meier, C. (2020b). *Die Angst vor dem Chaos*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.11.2020, S. 6.

Meier, C. (2020c). *Äthiopien meldet Erfolge*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13.11.2020, S. 6.

Meier, C. (2020d). *TLPF feuert Raketen auf Flughafen in Eritrea ab*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.11.2020, S. 1.

Meier, C. (2020e). *Krieg an mehreren Fronten*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.11.2020, S. 5.

Meier, C. (2020f). *Äthiopien plant Großangriff in Tigray*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23.11.2020, S. 5.

Meier, C. (2020g). *Abiy ordnet Offensive auf Hauptstadt von Tigray an*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17.11.2020, S. 1.

Meier, C. (2020h). Abiy lehnt Dialog weiter ab. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.11.2020, S. 4.

Meier, C. (2020i). Ein Etappensieg für Abiy Ahmed. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 30.11.2020, S. 5.

Meier, C. (2020j). Kein Ende der Gewalt in Äthiopien. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.12.2020, S. 5.

Meier, C. (2021). Eritrea will Soldaten aus Tigray zurückziehen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27.03.2021, S. 6.

Meier, C. (2021a). Spätes Eingeständnis eines Friedensnobelpreisträgers. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.03.2021, S. 3.

Meier, C. (2021b). USA erhöhen Druck auf Abiy. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25.05.2021, S. 6.

Meier, C. (2021c). Abiys Traum und Interesse. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.06.2021, S. 6.

Meier, C. (2021d). TPLF rückt in Tigray vor. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 30.06.2021, S. 2.

OHCHR (2021). *Report of the Ethiopian Human Rights Commission (EHRC)/Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) Joint Investigation into Alleged Violations of International Human Rights, Humanitarian and Refugee Law Committed by all Parties to the Conflict in the Tigray Region of the Federal Democratic Republic of Ethiopia* [online]. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/2021-11/OHCHR-EHRC-Tigray-Report.pdf> [31.08.2023].

Perras, A. (2020). Äthiopien steht am Abgrund. *Süddeutsche Zeitung* v. 05.11.2020, S. 8.

Perras, A. (2021). Der sinkende Stern eines Heilsbringers. *Süddeutsche Zeitung* v. 21.06.2021, S. 8.

Perras, A. (2021a). Hunger als Waffe. *Süddeutsche Zeitung* v. 24.06.2021, S. 7.

Rakers, J. (2020). Äthiopiens Armee rückt in Region Tigray vor v. 28.11.2020, tagesschau/ARD. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-40289.html> [31.08.2023].

REUTERS (2020). Waffenruhe gefordert. *Süddeutsche Zeitung* v. 11.11.2020, S. 6.

REUTERS (2021). Mehrere Tote bei Luftangriff in Äthiopien. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25.06.2021, S. 5.

Scholz, O. (2022). Kanzler Scholz verurteilt Gräueltaten in Butscha [online]. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/buerokratieabbau/kanzler-zu-graueeltaten-in-der-ukraine-2022606> [31.08.2023].

Seibert, S. (2021). Bundeskanzlerin Merkel telefoniert mit dem äthiopischen Premierminister Abiy [online]. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeskanzlerin-merkel-telefoniert-mit-dem-aethiopischen-premierminister-abiy-1850370> [31.08.2023].

Tagesschau (2022). Was über die Gräueltaten in Butscha bekannt ist [online]. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/butscha-graueeltaten-101.html> [31.08.2023].

ZEIT ONLINE (2021). USA verhängen Sanktionen gegen Beteiligte im Tigray-Konflikt [online]. Verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/aethiopien-tigray-konflikt-usa-sanktionen-visa?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [31.08.2023].

Zick, T. (2021). Tigray-Rebellen erklären ihren Sieg. *Süddeutsche Zeitung* v. 30.06.2021, S. 7.

Sekundärliteratur

Abai, M. (2021). *War in Tigray and Crimes of International Law* [online]. Verfügbar unter: <http://www.ethiopian-treasures.co.uk/pages/Abiy's-War-in-Tigray-and-Crimes-of-International-Law.pdf> [31.08.2023].

Augsten, P., Glassner, S., Rall, J. (2022). The Myth of Responsibility. Colonial Cruelties and Silence in German Political Discourse. *Global Studies Quarterly* 2 (1), S. 1-12.

Assefa, M. (2021). The Tigray Conflict and Abiy Ahmed's Struggle Against Identity Politics in Ethiopia. *The Horn Bulletin* 4 (2), S. 33-40.

Bellebaum, A. (1992). *Schweigen und Verschweigen. Bedeutungen und Erscheinungsvielfalt einer Kommunikationsform*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Beken, C. van der (2012). *Unity in Diversity – Federalism as a Mechanism to Accommodate Ethnic Diversity: The Case of Ethiopia*. Münster/Berlin/Wien/Zürich/London: Lit Verlag.

Bilmes, J. (1994). Constituting Silence: Life in the World of Total Meaning. *Semiotica* 98 (1-2), S. 73-88.

Buzan, B., Wæver, O., de Wilde, J. (1998). *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder/London: Lynne Rienner.

- Clair, R. P. (1998). *Organizing Silence. A World of Possibilities*. Albany: State University of New York Press.
- Dingli, S. und Cooke, T. N. (2019). Political Silence, an introduction. In: Dingli, Sophia, Cooke, Thomas N. (Hrsg.): *Political Silence. Meaning, Functions, Ambiguity*. London/New York: Routledge, Taylor Francis Group, S. 1-19.
- Edkins, J. (2000). *Whose Hunger? Concepts of Famine, Practices of Aid*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hansen, L. (2006). *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*. New York: Routledge.
- Hering, R. und Stahl, B. (2022). When mass atrocities are silenced: Germany and the cases of Yemen, South Sudan and Myanmar. *Journal of International Relations and Development* 25, S. 608-634.
- IVW (2022). Ranking der auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen in Deutschland im 2. Quartal 2022 [online]. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.docweb.rz.uni-passau.de:2443/statistik/daten/studie/73448/umfrage/aufgabe-der-ueberregionalen-tageszeitungen/> [29.08.2022].
- Jaworski, A. (1993). *The Power of Silence. Social and Pragmatic Perspectives*. Newbury Park/London/New Delhi: SAGE Publications.
- Kurzon, D. (1995) The Right of Silence. A Socio-Pragmatic Model of Interpretation. *Journal of Pragmatics* 23 (1), S. 55-69.
- Kurzon, D. (1998). *Discourse of Silence*. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins Publishing Company.
- Kurzon, D. (2007). Towards a typology of silence. *Journal of Pragmatics* 39 (10), S. 1673-1688.
- Media Perspektiven (2022). Reichweiten ausgewählter Nachrichtensendungen in den Jahren 2019 bis 2021 nach der durchschnittlichen Anzahl der Zuschauer (in Millionen) [online]. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.docweb.rz.uni-passau.de:2443/statistik/daten/studie/160918/umfrage/reichweiten-ausgewaehlter-tv-nachrichtensendungen/> [29.08.2022].
- Milliken, J. (1999). The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods. *European Journal of International Relations* 5 (2), S. 225–254.
- Schrag, W. (2018). *Medienlandschaft Deutschland*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Schreier, M. (2012). *Qualitative Content Analysis in Practice*, Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: SAGE Publications.
- Schröter, M. (2013). *Silence and Concealment in Political Discourse*, Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins Publishing Company.
- Thiesmeyer, L. (2003). Introduction. Silencing in Discourse. In: Thiesmeyer, Lynn (Hrsg.): *Discourse and Silencing. Representation and the Language of Displacement*, Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins Publishing Company, S. 1-33.
- Ulsamer, F. (2002). *Linguistik des Schweigens. Eine Kulturgeschichte des kommunikativen Schweigens*. Frankfurt a. Main: Peter Lang
- United Nations Office on the Prevention of Genocide and the Responsibility to Protect (2014). *Framework of Analysis for Atrocity Crimes. A tool for prevention* [online]. Verfügbar unter: https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/Doc.3_Framework%20of%20Analysis%20for%20Atrocity%20Crimes_EN.pdf [31.08.2023].
- Zewde, B. (2001). *A History of Modern Ethiopia. 1855-1991*. Oxford: Currey.

IMPRESSUM

PJS - Passauer Journal für Sozialwissenschaften
Studentische Fachzeitschrift
Vom Westen nichts Neues: Das Beschweigen von Massenverbrechen
Heft 1/2023 (Dezember), Jahrgang 8

HERAUSGEBER

Charlotte Möstl
Eva Rieger
Bernhard Stahl

c/o Professur für Internationale Politik
Dr.-Hans-Kapfinger-Str. 16
94032 Passau

REDAKTION

Charlotte Möstl

DESIGN & LAYOUT

Charlotte Möstl

Die publizierten Artikel stellen die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren, nicht der Redaktion dar. Alle Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Vollständiger oder auszugsweiser Nachdruck oder Online-Publikation nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung durch die PJS-Redaktion.